

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgeheilene Kolonelle
 oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Werksammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Anzeigenspreiser: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 31. Dezember 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das Wirtschaftsjahr 1897.

Als Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre der ökonomische Druck nicht weichen wollte, der lange schon auf allen Industrieländern wie ein Alp lastete, da neigte auch die sozialistische Theorie zu der Annahme: für die kapitalistische Produktion sei nunmehr die Krise chronisch geworden, die kapitalistische Zuvielerzeugung habe einen Höhegrad erreicht, daß in Zukunft die Absatzstörung die ausnahmslose Regel bilden müsse. Kein Wechsel mehr von fiebriger Aufregung und todtähnlicher Lähmung aller Produktionskräfte, keine wie die Mondphasen regelmäßige Abfolge von Ruhe, Aufleben, Blüthe, Ueberproduktion, Krach und Versumpfung, und abermals Ruhe und Aufleben bis zum Zusammensturz der ganzen Kartenhauserrlichkeit — sondern ewige Stagnation, gegen die wie gegen den Tod kein Kraut mehr gewachsen ist!

Schon die Jahre 1887 bis 1890 hatten im Gegensatz zu dieser einseitigen Annahme bewiesen, daß die ruhelose Fortentwicklung des Kapitalismus vorübergehend immer wieder eine ganze Reihe neuer Absatz- und Bedarfsverhältnisse schafft, die den Weltmarkt nicht nur von seiner Ueberfüllung entlasten, sondern ihn periodisch von neuem in die alte Aufwärtsbewegung hineinreißen. Trotzdem, als um die Wende von 1894-95 die Börsenpresse Stimmung für eine neue Wirtschaftskrise machte, als die Neugründungen, Umwandlungen und Erweiterungen industrieller Betriebe auf der ganzen Linie eröffnet wurden, da äußerte man noch vielfach Zweifel, ob es sich hierbei nicht etwa nur um einen künstlichen Börsensichthum zum Nutzen der Banken und der Großfinanz handle, oder ob das Häderwerk der Produktion wirklich längere Zeit in vollen Gang kommen werde. Nun schmirrt und faust, stampft und dröhnt es drei Jahre lang und es scheint vorerst auch keine Lust zum Stillstehen zu haben. Selbst bürgerliche Blätter fangen, wie der Gastfreund des Polykrates, an zu zittern, weil sie dieses Uebermaß von Glück schon lange nicht mehr gewöhnt sind. Je höher heute der Aufstieg, desto tiefer später der Absturz. Und tauchen jetzt am Jahresende in dem Gewir errenlicher Nachrichten und blendender Abschlüsse nicht schon einzelne düstere Unbeisbottschaften auf? Zieht sich das Wetter, das wie ein Naturverhängnis über die planlose kapitalistische Produktion mit ihrem Gegenfaze von Baarenreichtum und Massenarmuth hereinbrechen muß, nicht schon in den ersten Wolken am Horizont zusammen?

Die große Masse der Kapitalisten hat sich vorläufig ihren Optimismus nicht erschüttern lassen. Das Jahr 1897 bot mit seinen politischen Verwickelungen mehrfach Grund zur Beunruhigung, aber noch ein paar Stunden oder Tagen der ersten Ueberrohung waren Handel und Industrie stets wieder bei guter Laune und froher Hoffnung. Selbst als die Schiffslanonen vor Kreta ihr unharmonisches europäisches Konzert anführten, blieb die Börse von einer Panik verschont. Die Hungersnoth und die Pest in Indien hätten unter anderen Umständen schwer deprimierend auf England und rückschlagend auch auf den europäischen Kontinent wirken müssen; so wirkten sie fast nur auf die englischen Almosen-sammler und Thränenbräuen. Als im September die deutsche Reichsbank ihren Diskont auf den ungewöhnlich hohen Satz von vier Prozent erhöhte und die Bank von England bald darauf mit einer entsprechenden Maßregel folgte, sah man darin nicht ein Warnungssignal, daß die Grenze der halbwegs soliden Geschäftsführung und Kreditausdehnung bereits überschritten und eine größere Mäßigung geboten sei, sondern lediglich ein Wahrzeichen des anhaltenden Aufschwunges, der den Leibkapitalbedarf weiter hochhalte und immer höher steigere. Alle Geschäftswiederansammlungen in Ostasien haben die Börse bisher nicht zu erschrecken vermocht. Man kann auch wohl umgekehrt sagen, daß das Verlangen der Bourgeoisie aller Länder nach ungeförter Verbaumungsrube die Diplomatie wesentlich mitbestimmt hat, große politische Fragen jetzt nicht gewaltsam ins Rollen und zur Entscheidung zu bringen.

Die Banken hatten unter so ausnahmsweise günstigen Umständen natürlich eine reiche Ernte einzuharben. Waren die Ansprüche der Industrie für Neuanlagen, für Umwandlungen von Privatfirmen in Aktiengesellschaften, für Erhöhung des Grundkapitals und Aufnahme von Anleihen gedeckt, dann kam der Staat und dann das Reich mit ihren großen Konvertierungen der im Verhältnis zum allgemeinen Zinsfuß zu hoch verzinslichen Schulden. Dann klopfen die finanziell wühlenden Länder an: China durch Vermittelung Russlands in Frankreich, um seine Niederlagen zu verwenden, Brasilien mit der Gegenzusicherung einer Verpachtung seiner Bahnen, die Türkei und Griechenland, weil Sieger wie Besiegte gewöhnlich zweifach Geld brauchen. Diese Geschäfte schreiben zum theil noch und unsere Hochfinanz denkt daher noch lange nicht daran, in Sad und Nische zu trauern.

Der Industrie räumt man vielfach einen Aufschwung, ähnlich wie Anfang der siebziger Jahre, nach. Für das Kapital mag das richtig sein; die industrielle Arbeit ist zweifellos nur mit Vorsauern von Herrentisch abgepeist worden. Hat doch der Bergarbeiterlohn im Westen noch nicht wieder die Höhe der letzten guten Periode erreicht, während das Grubenkapital infolge des Syndikats im Golde schwimmt. Neben den gewöhnlichen Ursachen des Wiederauflebens sind auch in Vorjahre noch außerordentliche Ereignisse weiter wirksam gewesen. So vor allem die immer rascher sich vollziehende Umwälzung auf allen Produktions- und Verkehrsgebieten

durch die Elektrotechnik, die neue Kraft- und Licht-versorgungs-Anstalten, neue Transportwege und Verkehrs-mittel förmlich aus dem Boden gestampft und damit zahlreichen anderen Industrien, so dem Maschinen- und Wagenbau, zu großen Aufträgen verholfen hat. Sogar das allgemeine Beträsten, die großen Schiffsbauten vor allem Englands, die Neubewaffnungen der kontinentalen Meere haben andauernd auf die industrielle Regsamkeit gewirkt.

Die Kohlenproduktion kann infolge dessen in allen Ländern mit glänzenden Ergebnissen aufwarten. In Preußen allein betrug die gesammte Förderung an Steinkohlen in den ersten neun Monaten:

1893	49 674 878 Tonnen.
1894	52 017 539 "
1895	52 956 651 "
1896	58 681 359 "
1897	61 882 234 "

Sie ist also gegen das Vorjahr um 3,8 Millionen Tonnen oder um 6,6 pCt., in vier Jahren insgesammt um 12,2 Mill. Tonnen, also fast genau ein Viertel gestiegen. Noch 1887 hatte ganz Deutschland in vollen zwölf Monaten die jetzige 9-Monats-Produktion Preußens noch nicht erreicht. Dabei sind auch die Kohlenpreise 1897 im allgemeinen noch weiter in die Höhe gegangen. Es betrug nämlich der Oktoberpreis für die Tonne, in Mark ausgedrückt:

	1895	1896	1897
Gastkohlen in Essen	10,00	10,50	11,25
Steinkohlen in Düsseldorf	8,50	8,75	9,25
Oberschlesische Mastkohlen in Berlin	19,75	19,50	18,50
Niederschlesische Gastkohlen in Breslau	12,50	12,60	12,90
Englische Mastkohlen in Hamburg	13,70	13,10	13,80

Für Eisen ist in Deutschland die Nachfrage lange Zeit eine derart starke gewesen, daß die Ausfuhr durch den rentableren Inlandsabzug stark beschnitten worden ist — ein Beweis übrigens, wie entscheidend der inländische Markt heute selbst für die entwickeltesten Industrien noch ist und wie wenig zuweilen eine Abnahme der Ausfuhr zusammenfällt mit einer Gefährdung und Verlängerung des Profits. Es belief sich nach den eben veröffentlichten Ermittlungen des Vereins Deutscher Stahl- und Eisenindustrieller die Roheisenproduktion für die ersten elf Monate:

1897 auf 6 278 612 Tonnen
1896 5 808 263

1895 wurde die Produktion für die vollen zwölf Monate angegeben auf 5,46 Millie Tonnen, noch 1886 hatte sie nur 3,5 Millie Tonnen betragen, also wenig mehr wie die Hälfte der für 1897 zu erwartenden Gesamtproduktion. Für zwölf Jahre gewiß eine recht annehmbare Leistung!

Ein ähnliches Bild ließe sich noch für viele Großindustrien entwerfen, vor allem für die elektrotechnischen Unternehmungen, die Schienenwerke, für das chemische Gewerbe, den Waggobau. Nur die Textilindustrie hat, wie es scheint, mit dem Jahre 1896 ihren Höhepunkt bereits erreicht. Das Jahr 1897 war besonders für die Baumwollenbranche ein ziemlich unerfreuliches, nicht nur in Deutschland. Trotzdem werden bei uns noch immer neue Spinnereien errichtet, und auch der Verbrauch von Rohbaumwolle war, nach der Einfuhr geschätzt, in den ersten zehn Monaten des Jahres 1897 größer wie im Vorjahre.

Die Landwirtschaft hatte fast überall in Europa mit schlechten Ernten, in Russland sogar mit einem theilweisen Nothstand, zu rechnen. Amerika hat sich auch bei dieser Gelegenheit als die große Kornkammer Europas bewährt. Die reicheren Einnahmen seiner Farmer haben zugleich die Wirkungen des Dingler-Tarifes für Europa abgeschwächt, weil die ungewöhnlich starke Kaufkraft der Masse der nord-amerikanischen Bevölkerung auch die Zufuhr europäischer Waaren günstiger, wie sonst unter anderen Verhältnissen, gestalten mußte.

Von internationalen Währungsabenteuern, wie sie von den Vereinigten Staaten angeregt wurden, blieben wir infolge des Widerstandes Englands verschont. Besonders die indische Verwaltung zeigte keinerlei Lust, ihre Münzstätten wieder für die freie Silberprägung zu öffnen; damit waren die Hoffnungen der Silberfanatiker dauernd vernichtet. Das stetige Wachstum der Goldproduktion in den älteren Fundstätten, die Entdeckung neuer enormer Goldschätze im Norden Kanadas gerade im letzten Jahre lassen die Furcht vor einer preisstürzenden Goldknappheit heute lächerlicher wie je erscheinen.

Ob aber der Preissturz, die Krisis nicht dennoch bald kommen wird — aus anderen Ursachen, die mit den wechselnden Edelmetall-Zustüssen wahrhaftig nichts zu thun haben, sondern die dauernd sind, solange die kapitalistische Produktion noch herrscht? Auch im letzten Jahre haben die Sendlinge des Kapitals, bewaffnet oder friedlich, neue Länder und neue Absatzfelder in allen Erdtheilen zu erschließen gesucht. Von allen Küstenstrichen Africas aus sind die Expeditionen weiter in das Innere vorgedrungen, so daß die vollständige Auftheilung des dunklen Erdtheils bald eine vollendete Thatfache sein wird. Die alkultivierten, dichtbevölkerten Gebiete Ostasiens locken zu immer neuen Venterzügen heraus; nur die gegenseitige Eifersucht der europäischen Konkurrenten hat das Reich der Mitte bisher vor allen lebensgefährlichen Amputationen bewahrt. Ob das nächste Jahr die Lavine ins Rollen bringen wird?

Sicherlich wird das europäische Kapital, auch wenn alle seine wilden Gelüste nach Ausdehnung seiner Märkte befriedigt

sind, am Ende nur erkennen, daß es „auch nichts war“. Vielleicht genug, um ein paar Jahre länger das nackte Leben zu fristen, aber nimmer genug, um auf längere Zeit wieder zu gefanden. Drei Jahre des Aufschwunges sind vorüber. Wir bezweifeln, daß wir beim nächsten Rückblick noch ein viertes Jahr der Prosperität zu verzeichnen haben werden.

Politische Ueberblick.

Berlin, 30. Dezember.

Die Vorgänge in Ostasien. Von englischen oder japanischen Operationen in den chinesischen Meeren verlautet heute nichts. Eine Meldung, daß französische Schiffe auf der Insel Hainan (gegenüber der südlichsten Provinz China's) gelandet seien und daß daselbst die französische Flagge aufgehißt worden sei, bestätigt sich ebenso wenig wie die frühere Meldung von der Besetzung Port Hamilton's durch die Engländer.

Dagegen erscheint es recht glaubwürdig und ist sehr interessant, daß Frankreich sich ernstlich mit dem Bau der Eisenbahnlinie beschäftigt, welche von der Grenze von Tongking in das südchinesische Gebiet führen soll und die reichen Provinzen Yunnan und Kwangsi für den französischen Handel erschließen wird. Bekanntlich mußte China bald nach dem Friedensschluß von Schimonoseki bedeutende kommerzielle und industrielle Vortheile in Süd-China an Frankreich gewähren. Diese bisher auf dem Papier stehenden werthvollen Konzessionen sollen nun verwirklicht werden. Die Eisenbahnstrecke, die zunächst von der Gesellschaft Fives in Lille fertig gestellt werden wird, bildet die Fortsetzung der bereits im Bau begriffenen tongkingischen Bahn, die an der Grenzstadt Lang-Son endet; sie soll vorläufig bis Lou-Tschu geführt werden, das ist der halbe Weg bis Kanton. Auch ein Monopol auf den Minenbau in dem Gebiete von 100 Kilometern längs dieser Eisenbahnstrecke soll der französische Gesandte in Peking, Herr Gerard, erhalten haben.

Die Haltung China's gegenüber der deutschen Okkupation wurde seitens unserer Offiziere stets als durchaus freundlich bezeichnet. Angeblich hätte der Pekingser Hof gar nichts gegen die Festsetzung in Kiaotschau einzuwenden. Ein heutiges Meiter-Telegramm aus Peking läßt die Situation aber ganz anders erscheinen. Das Telegramm sagt:

„Ein lauzer Auszug aus der in Kiel vom Kaiser Wilhelm gehaltenen Rede ist hier eingetroffen. Mittlerweile bleibt die deutsche Frage unverändert. Eine Lösung könne nicht eher ihren Anfang nehmen, meinen die Chinesen, bis Prinz Delicich „seine geballte Faust gelandet und seine Vorberren erworben hätte“. Die Schwierigkeiten China's steigern sich dadurch, daß es nicht weiß, wie sich die übrigen Mächte stellen werden. An und für sich würde es gern Deutschland Widerstand entgegen setzen, aber es traut sich nicht die Wacht ohne die Unterthänigung einer anderen Nation zu. Die chinesischen Behörden wundern sich, daß noch immer keine Hilfe von Großbritannien kommt. In den britischen Präferenzverträgen nimmt man großen Anstoß. Erst soll Deutschland Kiaotschau räumen, ehe China ihm eine andere Kohlenstation einräumt. Von der russischen Regierung ist bis jetzt keine Antwort auf die vorgeschlagene Anleihe eingelaufen. China wird bange wegen der gegenwärtigen Lage, und die Regierung ist ohnmächtig. Das abergläubische Volk ängstigt sich wegen der bevorstehenden Sonnenfinsternis. Fällt diese doch gerade auf den chinesischen Neujahrstag.“

Agarische Wissenschaft mit Staatsunterstützung. So un-duldsam die Regierung gegen alle antikapitalistischen Gegner ist, so gerne ist sie bereit, die agrarischen Herren, die bekanntlich vor dem Schlachtrufe: „Diesem Ministerium keinen Groschen!“ selbst heute nicht zurückschrecken, mit kleinen Geschenken gefällig zu sein. Herr Dr. Rubland kann davon erzählen. Er, der „wissenschaftliche“ Wortführer des Bundes der Landwirthe, der schon so manchen Vieil, welcher aus dem Hinterhalte gegen Minister und Staatssekretäre geschossen wurde, geschickt hat, war nie ein Feind von Subventionen. Schon zu Bismarck's Zeiten hat er mit amtlichen Reisegeldern eine Reise nach Australien unternommen und eine weitere Subvention sollte ihm ermöglichen, eine Sammlung von Materialien über die überseeische Konkurrenz zu veranstalten.

Damals war Herr Rubland ein Privatgelehrter, dessen Arbeiten und Beziehungen weitere Kreise wenig interessieren konnten. Heute aber ist Herr Rubland kein Privatmann mehr, er ist der Wortführer einer großen Partei, die vor der schroffen Opposition gegen die Regierung nicht zurückschreckt. Ein solcher Mann müßte auf die vollste Unabhängigkeit von der Regierung den größten Werth legen. Freilich bei einer Partei, die von kleinen Geschenken von der Regierung lebt, ist es nicht zu verwundern, daß auch jemand, der sich für einen „Mann der Wissenschaft“ ansieht und sich doch als Inspirator von Interessenspolitikern gebrauchen läßt, kleine Geschenke nicht verschmäht. Herr Rubland bereitet die Herausgabe eines zehnbändigen Handbuchs der Nationalökonomie vor, in welchem nicht die Arbeit und nicht das Kapital, sondern die Getreideproduktion und Getreideverfugung in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt werden soll. Das mag eine nette tendenziöse und einseitige Arbeit werden, besonders wenn ein vom Bunde der Landwirthe abhängiger Herr sich dieser Aufgabe widmet. Dieses Werk, das bei der Konkurrenz der frankenstein'schen Sammlung, der Schoenberg'schen Handbuches, der Wagner-Buchbergerer-Bücher-Diehl'schen Politischen Oekonomie, des Ostau's Cohn'schen Werkes und bei dem demnächstigen Erscheinen eines Handbuchs der Volkswirtschaftslehre von Schmoller, Cheberg, Miakowski u. keinerlei Aussicht hat, einen großen Käuferkreis zu gewinnen, soll nicht bloß vom Bunde der Landwirthe, sondern auch von Staats wegen durch eine Subvention gefördert werden. Herr v. Niquel hat, wie wir soeben bestimmt erfahren, eine reichliche Staatsunterstützung dieser „Nationalökonomie im Interesse der Großgrundbesitzer“ nach Fertigstellung des 1. Bandes in Aussicht gestellt.

Wir haben sicherlich nichts gegen Unterföderung und Förderung wissenschaftlicher Arbeiten durch öffentliche Mittel; die Subventionierung des hiesigen Wissenschafts-Bereiches aber verbietet sich für die Regierung, wie für den Herausgeber. Die Regierung fördert damit ein unter dem Scheine der Wissenschaft publiziertes Zweckenwerk und der Herausgeber macht sich und seine Mitarbeiter durch die Annahme der Subvention des Herrn v. Miquel, von einer wissenschaftlichen Erwägung weit abliegenden Beurteilung, abhängig. Im Interesse der Subvention kann manches gesagt und unterdrückt werden; ein unabhängiger Mann sagt aber bloß das, was er für richtig hält.

Herr v. Miquel kann sich mit der von ihm in Aussicht gestellten Förderung der Wissenschaft nicht brüsten und Herr Dr. Rühlmann wird durch diese Subvention in der Achtung seiner Fachgenossen nicht steigen. —

Deutsches Reich.

— Amtlich macht der „Reichs-Anzeiger“ endlich bekannt, daß dem Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, von Pommer-Esche zu Magdeburg, und dem Ministerialdirektor Haase im Ministerium des Innern bei ihrem Ausscheiden aus dem Staatsdienst der Charakter als Wirklicher Geheimrat mit dem Prädikat „Erzherzog“ verliehen wurde, und daß der Staatsminister Dr. von Bötticher zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen und der Regierungspräsident Graf zu Stolberg-Berningerode zu Merseburg zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover ernannt wurden, sowie daß der Regierungspräsident Freiherr von der Red zu Köslin in gleicher Eigenschaft an die Regierung versetzt wird. —

— Das Verhältnis von Dreibund und Zweibund wird in der Presse wiederum in Anknüpfung an das Buch des italienischen Senators Ghiala erörtert. Diese Erörterungen haben aber lediglich historische Bedeutung und zeigen nur, daß in Italien dem Dreibund unfeindliche Stimmungen vorhanden sind. Neues tritt dabei nicht zu Tage. —

— Zur Lex Krönz. Die Blätter aller Parteirichtungen beschäftigen sich andauernd mit der Lex Krönz, meistens in eingehenden Beiträgen; aber ausschließlich die freisinnigen Blätter verhalten sich völlig ablehnend. Sehr naiv verhalten sich die Nationalliberalen.

Die „National-Zeitung“, welche der Unterrichtsabteilung des Kultusministeriums besonders nahe steht, schildert treffend die Rückständigkeit des preussischen Beamten-Disziplinargesetzes, selbst gemessen an dem entsprechenden Gesetze für die Reichsbeamten.

Anstatt nun aber den Schluß zu ziehen, daß man dem „naturngemäß“ in hiesiger Berücksichtigung politischer Gesichtspunkte neigenden Staatsministerium“ auf keinen Fall auch noch die Privatdozenten anstellen dürfe, findet sich die „National-Zeitung“ völlig in das ihr unermesslich Scheinende mit dem sonderbaren Troste, daß diese besondere Disziplinfrage den Anlaß gäbe, einmal daran zu erinnern — hoffentlich auch im Abgeordnetenhaus —, wie unbedeutend im allgemeinen in Preußen die Disziplinarverhältnisse der nichtrichtlichen Beamten geregelt sind.

Wahrhaft lässlich ist die Haltung der Zentrumspresse. In gleichlautenden Notizen erklären „Germania“ wie „Ndn. Volkstz.“: „Man mag nun dem neuen Gesetze ein noch so schönes Mantelchen umhängen, es ist doch dazu bestimmt, Dozenten, die eine der herrschenden Richtung ungenügende Lehre vortragen oder auch nur einer ihr verhassten politischen Partei angehören, ungeschädlich zu machen.“ Von einem Kampf gegen das so gekennzeichnete Gesetz ist aber keine Rede. Sie resignieren mit folgenden neuen Trostworten:

„Organ aller argen Mißbrauch wird es hoffentlich schlingen, daß nicht der Kultusminister, sondern die Fakultät und ein Gerichtshof zu entscheiden haben, es wäre denn, daß dieser Gerichtshof vom Kultusminister selbst zusammengesetzt oder sonst wirksam beeinflusst würde.“

Gegenüber den Gefühlsäußerungen dieser Mannesleuten berührt einen die offene Sprache der „Kreuz-Zeitung“ geradezu wohlthuend, welches Blatt natürlich für die möglichst schleunige Wahrung aller missliebigen Privatdozenten mit der ihr in solchen Dingen eigenen Wärme eintritt. Die „Kreuz-Zeitung“ kommt zu dem Schluß, daß der Appell des „Berliner Tageblattes“ an die Parteien, die das Vereinsgesetz in Fall gebracht haben, auch ihrer ihren Mann zu stehen, nicht gerade große Aussicht auf Erfolg habe, und unsere Vorfürsicht scheint ihr völlig recht zu geben. —

— Zur Reform der Eisenbahn-Personenfahrpreise erzählt die „Kreuz-Ztg.“, daß im preussischen Eisenbahnministerium schon vor einiger Zeit Beratungen über eine ausgiebige Reform der Eisenbahn-Personenfahrpreise stattgefunden haben. Diese Beratungen sollen bereits zum Abschluß gekommen sein, und die Grundzüge der Reform gegenüber dem preussischen Finanzministerium zur Prüfung vorliegen. Dem Vernehmen nach sollen die Personenfahrpreise unter Befestigung aller Ausnahmefälle, insbesondere der Rückfahrkarten und der Hundereise, nicht merklich herabgesetzt werden. In der Presse wird mehrfach und mit recht bezweifelnd, ob hierbei wohl wirkliche Reformen“ sich ergeben werden. Unter Herrn Miquel's Regide pflegen derartige „Reformen“, wie die „Germania“ richtig bemerkt, meist auf eine Erhöhung der Einnahmen hinauszuweisen. Ähnlicher Meinung ist die „Kölnische Zeitung“, die wohl auch nicht mit unrecht mitteilt, daß diese Mitteilungen der Wirklichkeit vorauslaufen.

Sie schreibt weiter: „bei der Rücksichtnahme auf die ökonomischen agrarischen Interessen, die jeder Erleichterung der Reisemöglichkeit für die arbeitenden Klassen sich entgegenstellen, dürfte eine Verwirklichung jener Pläne für übersehbare Zeit ausgeschlossen sein.“

Aber auch der „Ndn. Ztg.“ ist natürlich die Herabsetzung der Gütertarife für Massenfahrgäste wichtiger und dringender als die Vereinfachung und Herabsetzung des Personentarifes. Vereinfachung des Reisens führt zur Ausdehnung der Konjunkturen des Arbeitsmarktes und kann eine Erhöhung der Löhne zur Folge haben; Vereinfachung des Waarenverkehrs erleichtert die Produktion und ermöglicht eine bessere Einwirkung auf die Waarenpreise. Deshalb stehen auch hier die Interessen der Arbeiterklasse denen der Großindustrie und des Großgrundbesitzes schmerzhaft entgegen. —

— Eine Goldmetall-Enquete. Am zur Beurteilung der für das Volkswirtschaftsleben, insbesondere für das Gold- und Münzwesen hochwichtigen Frage, wieviel von sämtlichem gewonnenen Golde zu Geldzwecken verwendbar bleibt und wieviel davon zu gewerblichen Zwecken verbraucht wird, bestimmte Anhaltspunkte zu gewinnen, soll im ganzen Deutschen Reiche eine Aufnahme veranstaltet werden, wieviel Gold in den Jahren 1896 und 1897 — für jedes Jahr gefordert — zu gewerblichen Zwecken verbraucht wurde. Zur Bewerkstelligung dieser Aufnahme sind den Handelskammern von dem Minister für Handel und Gewerbe Fragebogen zugegangen, die sämtlichen Gold verarbeitenden Gewerbetreibenden zuzustellen sind. Der eine Fragebogen ist an alle Gold verarbeitenden Gewerbetreibenden, Goldwaarenfabrikanten, Goldschmiede, Bergolder, Gold verarbeitenden Porzellan- und Glasfabriken, Photographen, Zahnärzte hinauszugehen und soll der Verantwortung der Frage dienen, wieviel Gold zum weiteren Verarbeiten fertiggestelltes Gold aus altem Gold, aus Goldmünzen, aus Gefäß, sowie aus goldhaltigen Stoffen aller Art gewonnen wurde. —

— In den preussischen Etat sollen, wie die „Berliner Politische Nachrichten“ mitteilen, erhebliche Summen für die Erweiterung und Verbesserung der Museumsgebäude eingestellt werden, ebenso größere Beträge zu Ankäufen für die staatlichen Kunstsammlungen. Auch soll der Neubau eines Gebäudes für die Hochschule für Kunst und die Kunstschulen in der Hardenbergstraße in Charlottenburg in Angriff genommen werden. —

— Konservativs Weihnachtsbetrachtungen. Der „Konf. Korresp.“ haben die „Weihnachtsgedanken“ des „Vorwärts“ nicht gefallen. Sie zitiert einen Absatz daraus, der mit den Worten schloß: „Aus allen Ländern der Erde wiederholt, stets kräftiger

anschwelkend, der Sammelruf des selbstbewußt für die ganze Menschheit Glück und Freiheit heischenden Proletariats.“ Hierzu bemerkt die „Konf. Korresp.“:

„Für die ganze Menschheit Glück“ ... das klingt nicht, als sollte Herr Graf von Posadowsky mit seiner Annahme, die Sozialdemokratie werde von ihren Phantasmen endgiltig zurückkommen, Recht behalten.

Wir stimmen der „Konf. Korresp.“ einigermassen bei. Graf v. Posadowsky wird nicht Recht behalten. Die große Masse der arbeitenden Menschen wird die Hoffnung, sich bessere, glückliche Zustände schaffen zu können, nicht aufgeben, und sie weiß, daß die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung die Erfüllung der Hoffnungen verbürgt. Die Herren Konservativen sehen solche Hoffnungen als Phantasmen an; sie begeistern sich lieber für eine „Realpolitik“, die den Ausbeutern alles Glück in den Schoß wirft, während die übrige Menschheit in Elend und Noth verkommen muß. Dies sind konservative Weihnachtsgedanken! —

— Eine Rede des Herrn v. Posadowsky und das Reichs-Preßgesetz. § 6 des Reichs-Preßgesetzes fordert auf Druckschriften die Angabe des Druckers und Verlegers. Von der Beachtung dieser Bestimmung sind auch die sonst immunen Reichstags-Reden und noch viel weniger die den Schutz der Immunität nicht genießenden Reden der Bundesräthe-Mitglieder nicht befreit. Und doch verbreitet man in Massen im Lande, vor allem in den Stablissemens der Herren v. Stumm so innig verbundenen rheinisch-westfälischen Großindustriellen die Rede des Staatssekretärs Grafen v. Posadowsky gegen Bebel (9. Sitzung des Reichstags vom 18. Dezember 1897) in einer ohne Angabe des Druckers und Verlegers hergestellten Sonderausgabe. Wir sind begierig, ob die Staatsanwälte und Polizeibehörden, die ja vor gar nicht langer Zeit die sicherlich harmlose „National-Ztg.“ konfiszierten, weil einmal die Angabe des Druckers fehlte, nun auch nach dem verschämten Drucker der Posadowsky'schen Rede forschen werden. Nach § 19 des gleichen Gesetzes wären Drucker und Verleger dieser Rede mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft zu bestrafen. Herr v. Posadowsky wird wohl selbst den Eifer der Behörden befehlen, vielleicht ihnen auch mit einem Fingerzeig beihilflich sein können. Ein Verfahren gegen Unbekannt“ wäre da eingeleitet und die Unternehmer, in deren Fabriken die Druckschrift verbreitet wurde, zu vernehmen; vielleicht empfiehlt sich auch eine Verurteilung der Drucker, in der Bafkor Halle, dieser geistliche Sozialpolitiker nach dem Geschmack des Herrn v. Posadowsky, seine unvergänglichen Werke herstellen läßt.

Auf das Ergebnis des Verfahrens sind wir begierig. —

— Zentrumsfragen. Die „Kölnische Volkszeitung“ bespricht die Hertling'sche Rede über die Flottenvorlage und meint, diese Rede müsse das Zentrum als Grundlage betrachten, um eine Verschärfung mit den übrigen in betracht kommenden Faktoren anzustreben. Das Blatt polemisiert ferner gegen die sächsische Zentrumsgruppe, welche nicht so oft und so leicht eine Trennung der bayerischen Zentrumsmitglieder und der Zentrumskritik des Reichstags androhen solle. Einzelne Zentrumsorgane scheinen gern gewissen radikalen Strömungen in der Wählerpolitik Rechnung zu tragen, welche mit dem Trennungsgedanken spielen, ohne sich die Folgen eines solchen Schrittes nach allen Richtungen hin klar zu machen.

— Coblenz, 30. Dezember. Oberbürgermeister Dr. Müllmann, Mitglied des Herrenhauses, ist heute Nacht gestorben. —

— Königsberg i. Pr., 30. Dezember. (Eig. Ber.) Die Junker an der Arbeit. Infolge des Einfuhrverbots russischer Schweine nach Deutschland, sind die Fleischpreise in den sächsischen Provinzen ganz außerordentlich gestiegen. In einzelnen Städten Ostpreußens sind die Fleischpreise fast doppelt so hoch wie früher. Komte sich bei den früheren Preisen der ostpreussische Arbeiter schon selten ein Stück Fleisch leisten, so ist es bei den jetzigen Preisen schier unmöglich. Hülsenfrüchte, Kartoffeln und Gerstz überreichen ziemlich ausschließlich das Menü des ostpreussischen Arbeiters.

Während die breitesten Volkskreise diesen Zustand als einen ganz unbilligen, ja als eine förmliche öffentliche Katastrophe empfinden, giebt es in Ostpreußen auch noch Leute, die sich bei diesem Zustande gerade wohl fühlen und alles daran setzen, um denselben zu erhalten, nämlich die Herren Junker. Für diese Herren, die auch gerne des Volkes Wohlstand im Munde führen, blüht jetzt der Weizen; sie erzielen hohe Preise für ihre Schweine, auch sind naturgemäß die Preise für anderes Schlachtvieh gestiegen. Rücksichten auf andere Bevölkerungsschichten haben diese Herren von jeher nicht gekannt, ihr eigenes Interesse geht ihnen über alles.

Dieser eigennütige, rücksichtslose Standpunkt tritt in einigen Beschlüssen, die am 10. d. Mts. von den vereinigten Ausschüssen der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen, in denen die Herren von Har und Helm ausschließlich herrschen, recht kraß zu Tage. Es wurde dort unter anderem beschlossen, zu dem Gesuche der sächsischen Behörden zu Königsberg um Aufhebung des Verbots der Einfuhr von Schweinen aus Rußland, den Vorstand der Kammer zu veranlassen, er wolle den Herrn Regierungspräsidenten zu Königsberg ersuchen, mit aller Entschiedenheit an zuständiger Stelle sich gegen die Aufhebung des Einfuhrverbots für Schweine aus Rußland zu erklären, da solche eine außerordentliche Gefahr für die Viehhäute ganz Deutschlands bedeuten würde und da die Ursachen des ungünstigen Fleischmarktes in Königsberg auf Verhältnisse zurückzuführen sind, für welche die ostpreussische Landwirtschaft keine Verantwortung hat. Die Fürsorglichkeit dieser Herren für die Viehhäute Deutschlands, die durch das Einfuhrverbot für Schweine angeblich vor Verlesung geschützt werden sollen, ist lächerlich. Daß man sich gegen die Senche auch durch andere Maßregeln, als die Grenzsperr, schützen kann, scheint für sie ganz ausgeschlossen. Es ist dieses aber zu natürlich, denn nur durch ein Einfuhrverbot können die Fleischpreise gehindert werden, wovon das Volk den Schaden und die handvoll Junker den Nutzen hat. Und daran allein ist ihnen gelegen, auf Kosten des armen Volkes sich die Taschen zu füllen.

Dann nahmen die vereinigten Ausschüsse noch den Antrag an, den Vorstand der Landwirtschaftskammer zu bitten, geeignete Schritte zu thun, um die Zulassung ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter nach Ostpreußen fernhalten nicht mehr zu verhindern bzw. zu erschweren und außerdem an zuständiger Stelle dahin zu wirken, daß diese Arbeiter, solange ihnen ein dauernder Aufenthalt, welcher ihnen die Möglichkeit zur Erlangung einer Alters- und Invalidenrente giebt, nicht gewährt wird, von dem Versicherungszwange befreit werden.

Ob die Herren Junker nicht auch für die heimischen Arbeiter von diesem Zwange befreit sein wollen? —

— München, 29. Dezember. Eine Vorlage an den Landtag verlangt zwei Millionen Mark zur Aufforstung der vom Kiefernspanner zerstörten Wälder. —

— Straßburg i. E., 29. Dezember. (Eig. Ber.) Die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ veröffentlicht soden den längst angekündigten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Kapitalrentensteuer für Elsas-Lothringen. Derselbe ist bestimmt, die völlige Aufhebung der unbillig gewordenen Personalsteuer, sowie die Entlastung der Grundsteuer zu ermöglichen. Es unterliegt derselben der Antrag aus den beweglichen Kapitalvermögen, der sich unterscheidet als Kapitalgins im allgemeinen, Gewinnanteile an Handelsgesellschaften und Rente. Steuerpflichtig sind nach dem Entwurf die Landes- und Reichs-Angehörigen, die ihren Wohnsitz in Elsas-Lothringen haben, sowie Ausländer, welche sich in Elsas-Lothringen des Gewerbes wegen länger als ein halbes Jahr anhalten. Steuerfrei bleiben, außer den staatlichen und sonstigen öffentlichen Zweckverbänden, den gemeinnützigen, Bildungs- und staatlichen Versicherungs-Anstalten etc. der Zinsbetrag aus den in Gewerben angelegten und bei der Gewerbesteuer in Anspruch kommenden Kapitalien sowie der Zins- und Rentenbetrag, soweit er nach Abzug der

Passivkapital-Zinsen und Losen die Summe von 100 M. jährlich nicht übersteigt. Die Steuer wird nach dem Stufenziffer erhoben; als Steuerziffer ist ein Betrag von 2 vom Hundert des nach dem Tarif sich ergebenden Steuerbetrages angenommen. Für die unteren Stufen ist eine Ermäßigung vorgesehen. Die Veranlagung findet auf Grund der Steuererklärung statt, und zwar nicht alljährlich, sondern je für eine Steuerperiode von 3 Jahren. Sie wird vorgenommen durch Kreis-Kommissionen, die aus einem höheren Beamten der Verwaltung der direkten Steuern als Vorsitzenden, aus 2 von dem zukünftigen Bezirksrat und Kreisrat zu wählenden und 2 von der Verwaltung zu benennenden Mitgliedern bestehen. Bezüglich der Rechtsmittel gegen die Steueranmeldung, die im wesentlichen dieselben sind, wie beim Gewerbesteuer-Gesetz, sieht der Entwurf als oberste Instanz eine Veranlagungskommission von sieben Mitgliedern vor, gebildet aus zwei zum Richteramt befähigten, drei vom Landesauschuß zu wählenden und zwei vom Statthalter zu ernennenden Personen mit sechsjähriger Amtsdauer. Den Gemeinden werden 3 pCt. des Steuerbetrages überlassen. Zur Erzielung eines gleichmäßigen Verfahrens bei der ersten Veranlagung wird eine Landeskommmission gebildet. Das Gesetz soll zunächst nur in Kraft treten, soweit es die Durchführung der ersten Veranlagung der Kapitalrentensteuer zum Gegenstand hat. Der Zeitpunkt, mit welchem der übrige Teil des Gesetzes in Kraft tritt, soll durch besonderes Gesetz bestimmt werden. —

Oesterreich.

— Wien, 30. Dezember. Im niederösterreichischen Landtage kam es zu einer längeren Debatte darüber, ob der Antrag des Abg. Geiser, nach welchem der Landtag die Sprachenverordnungen für gesetzlich erklärt und die Regierung anfordert, dieselben unverzüglich aufzuheben, zur Verlesung zugelassen werden solle oder nicht. Der Landmarschall gab schließlich die Verlesung zu, worauf der Antrag einem Ausschusse zugewiesen wurde. —

— Wien, 30. Dezember. Die Schließung des Reichsrathes ist gestern vom Kaiser verfügt worden. Die kaiserl. Verordnung über die Fortdauer der Zollgemeinsamkeit mit Ungarn und des Bankprivilegiums wird heute erwartet, ebenso die Entscheidung der Krone über die Quote. —

— Prag, 30. Dezember. Im Landgemeinde-Bezirk Tephly wurde der Reichsrath-Abgeordnete Wolf zum Landtags-Abgeordneten gewählt und zwar mit 216 von 217 abgegebenen Stimmen. —

— Prag, 29. Dezember. Es hat in der letzten Zeit den Jungtschechen an Gelegenheit nicht gefehlt, um den nationalen Geist zu schüren und kein Mittel war diesen traurigen Helten zu schlecht, um ihrer Klassen- und Fraktionspolitik den Schein einer nationalen Angelegenheit zu wahren. Nicht nur auf Prag allein bleibt ihre Agitation beschränkt, auch in der Provinz suchen sie nach ihrer Popularität zu erneuern, solange das Feuer glimmt. Die Hoffnung, auch auf die Arbeiterklasse wirken zu können, müssen sie ein für allemal aufgeben. Was schon während der Prager Tumulte zu sehen und zu hören war, daß die tschechischen Arbeiter keinen Antheil und kein Interesse haben an der gegenseitigen Behebung der Nothlagen, bekräftigt sich täglich aufs Neue. Für Sonntag, den 26. Dezbr. waren drei große Versammlungen eindenken: in Smichow, Kolin und in Melitz. Alle drei gingen in eine laute Kundgebung über die nationale Politik aus. An der Versammlung in Smichow beteiligten sich Anarchisten und auch Vertreter der sogenannten „nationalen Arbeiterklasse“, welche letztere eine Wirkung zu erzielen glaubten, daß sie mit dreifarbiger Tricolore erschienen. Diese Leute gehören meist Berufen an, die direkt von der Bourgeoisie abhängig sind, und leisten den Jungtschechen billige Handlangerdienste. Die Versammlung verlief im ganzen ruhig und schloß mit einer Zustimmungskundgebung für die Sozialdemokratie. Aus Kolin kommt die Nachricht von einer großen Demonstration, die gegen die nationalen Bestrebungen und das Treiben der Jungtschechen gerichtet war. Für Sonntag, den 30., war von dortigen sozialdemokratischen Verein eine Versammlung eindenken. Nach Verlauf derselben zogen die Teilnehmer, weit über 200 an der Zahl, welchen sich auf dem Wege noch viele Passanten anschlossen, durch die Stadt und demonstrierten vor dem Rathhaus, vor den Häusern der Stadtrathe, vor den Redaktionslokalen der nationalen Blätter, überall laute Paraden ausbringend. Auch der Bürgermeister wurde mit einer Kränznahme bedacht. Diese Kundgebungen haben im Lager der Jungtschechen eine nicht geringe Ueberraschung und Befürchtung hervorgerufen. Schon heute lamentieren die tschechischen Blätter in allen möglichen Tonarten. „Es ist hoch an der Zeit, diese Vorfälle sollten ein Alarmzeichen sein für die tschechische Gesellschaft!“ Sie werden es sein, für das Volk, aber nicht zum nationalen Kampf, sondern zum sozialen. —

Frankreich.

— Paris, 29. Dezember. General Charette, Baron Lambert und andere hervorragende Republikaner veröffentlichten in der „Gazette de France“ eine Erklärung, in welcher sie für ungeschwächte Wahrung des monarchischen Prinzips eintraten. Die Erklärung wird vielfach als ein Protest gegen den jüngsten Brief des Herzogs von Orleans an Dufaure angesehen. —

England.

— London, 30. Dezember. Gestern sind 1162 Soldaten und mehrere Offiziere von Southampton nach Bombay abgegangen. —

Dänemark.

— Kopenhagen, 30. Dezember. Ein neues Unfallversicherungs-Gesetz angenommen, so bringen die Moderaten ein neues ein. Dasselbe mit drei anderen haben einen Entwurf eingereicht, der die Landarbeit, Industrie, Handwerk, Gewerbetreibenden und Leute in ähnlichen Stellungen umfassen soll, die nicht unter das angeführte Gesetz fallen. Die Unfallversicherung soll nach den Regeln des Altersunterstützungsgesetzes vom 9. April 1891 erfolgen. Die Hälfte der Unterhaltungen soll der Staat bezahlen, die andere Hälfte die Kommunen; bei Unfällen im Gebiet der Seefahrt und Fischerei soll der Staat drei Viertel bezahlen.

Zweifellos ist es erfreulich, daß man auch über die sozialdemokratischen Kreise hinaus eintritt, daß für unverschuldete Unfälle der Unbemittelten die Allgemeinheit eintreten muß. Die Sozialdemokraten werden bemüht sein, den Antrag zu verbessern. —

Spanien.

— Madrid, 30. Dezember. Seit Beginn des Krieges hat Spanien nach Cuba 185 000 Mann, nach den Philippinen 29 000 Mann und nach Portorico 5000 Mann entsandt.

Aus Havana wird gemeldet: Das Kolonialministerium hat sich noch nicht konstituiert, da Amblard das Portefeuille des Handels abgelehnt hat. —

Rußland.

— In Moskau wurden zahlreiche Verhaftungen von Studenten, Arbeitern und anderen an unserer Bewegung interessierten Personen vorgenommen. —

Bulgarien.

— Sofia, 29. Dezember. Die Sobranje ermächtigte die Regierung, wegen der ganzen oder theilweisen Konversion der alten 6prozentlichen Anleihen in 5 oder 4prozentliche mit Bauhäufern in Verhandlungen zu treten. —

Montenegro.

— Gegen den serbischen Bauernführer und radikalen Abgeordneten Raulo Tassie ist bekanntlich in Local neuerdings die gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Tassie erscheint verdächtig, die Ermordung des Lehrers Balic veranlaßt zu haben. Außerdem soll der wegen dieses Mordes kürzlich hingerichtete Hajduk Vukic ausgesagt haben, daß Tassie auch den König Alexander ermorden lassen wollte. Um sich der Verhaftung zu entziehen, sah Raulo Tassie nach Montenegro, wo er, wie der „Pol. Corr.“ aus Cetinje berichtet wird, vom Fürsten Nikolaus in Rudzien empfangen worden sein soll. Diese geradezu ungläubliche Meldung ist um so bemerkenswerther, als man in Cetinje nur das thut, was in Petersburg gebilligt wird. —

Türkei.

Konstantinopel, 30. Dezember. Die Pforte stellt an die Völker das Verlangen, 4500 Soldaten der Besatzung von Acrea, welche ihre Dienstzeit beendigt haben, durch neue ersetzen zu können. Das Verlangen wurde als gegenwärtig nicht zeitgemäß abgelehnt.

Sibirien.

Russische Eisenbahnen in Sibirien und Zentralasien. Ueber die große sibirische Eisenbahn findet sich in dem kürzlich erschienenen Buche des Generalmajors J. D. Krahwinkel über Sibirien Mittheilungen, aus denen wir folgendes zur Ergänzung früherer Darlegungen über das große Unternehmen entnehmen. Die Gesamtlänge der Eisenbahn von Tscheljabinsk bis Wladiwostok beträgt 7088 Werst (7557,561 Kilometer), mit den Zweigbahnen 7112 Werst (7588,504 Kilometer). Fertiggestellt und bereits dem Verkehr übergeben waren bis zum 13. September d. J. die west- und mittelsibirische Eisenbahn von Tscheljabinsk über den Ob bis Krasnojarsk und Kuznetz (2401 Kilometer), die Usuri-Eisenbahn von Wladiwostok bis Chaborowsk (780 Kilometer) und die Zweigbahn von Laina nach Tomsk (87 Kilometer); dazu kommt noch die Verbindung der sibirischen Bahn mit der Uralbahn von Tscheljabinsk bis Zlatopol mit 243 Kilometer, so daß die ganze bisher gebaute Strecke 3510 Kilometer beträgt. Am meisten Schwierigkeiten sind zu überwinden bei dem Bau der Salsamungbahn, die im Jahre 1900 begonnen werden soll. 1902 hofft man die große sibirische Eisenbahn vollständig dem Verkehr übergeben zu können. Die Stationen liegen 50 Werst (53,35 Kilometer) auseinander. Innerhalb 24 Stunden sollen 3 Züge zu je 60 Waggons von jeder Seite verkehren. Durch Anlegung von Halbstationen mit Weichen denkt man jedoch im Bedarfsfall den Verkehr so zu steigern, daß von jeder Seite 7 Züge abgelassen werden. Die Kosten für den Bau sind auf 550 210 492 Rubel veranschlagt. In wissenschaftlicher Beziehung hat der Bahnbau zur Erforschung des Landes wesentlich beigetragen. Bereits in den Jahren 1891 bis 1895 entsandte man aus Petersburg Generalstabs-Offiziere, um durch ihre Aufnahmen die Festlegung der Bahnlinie zu erleichtern. Diese Aufnahmen bieten zum ersten Male eine genaue Darstellung von 417 418 Quadratkilometern zu beiden Seiten der Bahn von Jersinsk bis Wladiwostok, d. h. von einem Gebiet, das größer ist als das ganze die Staaten Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Holland, Belgien und Dänemark umfassende Zentral-Europa. Schon jetzt ist nach diesen Aufnahmen eine Karte von 60 Blatt im Maßstabe von 1:400 000 auf den Zoll bearbeitet, die erheblich zur Kenntniss dieses Landes in orographischer und hydrographischer Beziehung beitragen wird. Ueber die große Bedeutung der Bahn haben sich die Repräsentanten der russischen Kaufmannschaft auf dem Jahrmarsch zu Nischang-Kowgorod schon 1889 in einer Denkschrift folgendermaßen ausgesprochen:

„Diese Dampfbahn wird eine außerordentlich wirtschaftliche Bedeutung für Rußland haben und die russische Industrie in hohem Maße beleben: sie verbindet 400 Millionen Chinesen und 35 Millionen Japaner durch Rußland mit Europa. Die damit verbundenen Anstrengungen, die von Deutschland gemacht werden, um sich in den Besitz der Märkte des Stillen Ozeans zu setzen, die Anstrengungen, die gemacht sind, um den Panama-Kanal herzustellen, zeigen klar, daß bald und auch jetzt schon sich ein wirtschaftlicher Kampf an dem Stillen Ozean entspinnt. Schon jetzt hat die kanadische Eisenbahn einen Theil der Waaren (Seide, Thee, Häute) an sich gerissen, welche bis dahin über Suez nach Europa gingen. Unweifelhaft wird ein Theil der Waaren durch Rußland transportiert werden, wenn sich der Transport aus Europa über Wladiwostok bis Shanghai in 18–20 Tagen, anstatt in 45 Tagen über Suez oder in 80 Tagen auf der kanadischen Bahn vollzieht.“

Ebenso arbeitet Rußland eifrig an der Fortführung seiner Eisenbahn in Zentral-Asien. Die „Times“ melden aus Petersburg, daß die Vorarbeiten für die Eisenbahn zwischen Merw und dem Mittelmeer in Rußland begonnen haben. Kurz liegt an der Grenze des westlichen Afghanistan, die durch die neue Bahn in direkte Verbindung mit dem Kaspischen Meer und dadurch mit ganz Rußland gebracht wird. Die Eisenbahn, deren Kosten auf etwa 9 Millionen Rubel veranschlagt sind, soll in drei Jahren vollendet sein. Gleichzeitig meldet das englische Blatt, daß die Eisenbahnlinie Samarkand-Andischan mit ihren Abzweigungen nach Tschirchik und Neu-Margilan bereits im nächsten Jahre vollendet sein werde.

Mit der Herstellung dieser Linien wird die Strecke, welche russische Truppen von den Endstationen ihrer Eisenbahnen nach Anglo-Indien zurückzuführen hätten, erheblich verringert werden. So rückt Rußland in Zentral-Asien immer bedrohlicher an die Pforten des mächtigsten Kolonialreiches der Engländer.

Afrika.

Aus Kaffala wird den „Times“ gemeldet, dort sei die Nachricht eingetroffen, daß Osober, der wichtigste Posten zwischen Kaffala und Khartum, nach sechs tägiger Belagerung trotz heftigster Vertheidigung von den ägyptischen Eingeborenen-Truppen genommen worden sei.

Professor v. Richtshofen über China.

Professor v. Richtshofen, der Forscher und beste Kenner Chinas, veröffentlicht einen umfangreichen Artikel in den „Preuss. Jahrbüchern“ über „Kiautschau, seine Weltstellung und vorläufige Bedeutung“. Der Aufsatz enthält aber mehr als diese Aufschrift erwarten läßt, nämlich einen Ueberblick über die gesamten Küstenverhältnisse Chinas mit besonderer Berücksichtigung der Küstorte, welche die einzelnen Küstenabschnitte der europäischen Geschifffahrt und dem europäischen Handel bieten, und ferner sehr bemerkenswerthe Darlegungen über die zu erwartende Zukunft des chinesischen Reiches. Wir wollen daraus einige der wichtigsten Stellen hervorheben.

Kiautschau und seine Umgegend wird von Professor v. Richtshofen sehr günstig und ausführlich geschildert. Durch Anlegung von Eisenbahnen würde Kiautschau der natürliche Brennpunkt an der Küste für den Handels- und Personenverkehr des ganzen nordöstlichen China bilden, insoweit dieser nicht in eisfreien Monaten des Jahres über Tientsin leichtere und billigere Bedingungen findet. Für das chinesische Reich werden so die Mittel geschaffen, eine der gefegneten und besten Provinzen, welche jetzt durch ihre schwere Erreichbarkeit leidet, zu hoher Entwicklung zu führen. Dieses Ziel wird zum besten Chinas um so schneller und vollkommener erreicht werden, je mehr der in Kiautschau anfassigen bescheidenen Macht freie Hand gelassen wird, die Eisenbahnen zu bauen und die Kohlenlager zu fördern.

Es ist selbstverständlich völlig ausgeschlossen, fährt ab dann v. Richtshofen fort, daß Kiautschau jemals ein Auswanderungszugplatz für Deutsche werden kann. Das Land ist so dicht bevölkert, daß ein Abfluß des Ueberflusses der stetig zunehmenden Menschenmenge nicht denkbar geworden ist. Seit Jahrzehnten hat derselbe seinen Weg nach der Mandchurie und Siam gefunden, wo die Leute von Schantung den Hauptbestandtheil der neuen Ansiedler bilden. Unsere Klasse vermag, was Lebenshaltung und Arbeitsleistung mit einem geringen Beitrag von Mitteln betrifft, in Wettbewerb mit den Chinesen nicht zu treten. Aus diesen und vielen anderen Gründen erscheint es daher auch gänzlich ausgeschlossen, daß Deutschland mit der Befehung der Kiautschau-Wälder einen großen Landbesitz erstrebt, der zu eudlosen Schwierigkeiten führen würde.

Es ist in neuester Zeit in Tagesblättern häufig von einer Gefahr der Zerstückelung und Zerbröckelung von China geschrieben worden. Für das eigentliche China, das alte Land der achtzehn Provinzen, kann davon kaum ernstlich die Rede sein. Nämlich es je dazu, so würde die Zerstückelung nur äußerlich sein und ebenso wenig dauernden Bestand haben können, wie in früheren Perioden bei ähnlichen Anfällen. Das Land ist durch die Gleichartigkeit seiner dichten Bevölkerung, durch Ueberlieferung, Anschauung, Sitten und Gewohnheiten zu fest zusammengeschweißt, als daß die Beherrschung von Theilen durch fremde

Mächte mehr als eine zeitweilige Verwaltung sein könnte. Der gewaltige Koloss im fernem Orient steht in dieser Beziehung in großem Gegensatz zu Indien, welches nie geeint gewesen war, und dessen getrennte Theile nur gewinnen konnten, als eine fremde Macht sie unterwarf und zusammenhielt.

China verdankt den europäischen Mächten seinen langsam und mit innerem Widerstreben beginnenden Aufschwung. Es würde, auf seine überlebten Hilfsmittel allein angewiesen, in seiner übermächtigen Bevölkerung erstickt, oder durch vernichtende Revolutionen nach Art derjenigen der Taiping's aufgerieben werden. Der Fremdhandel hat längst die materielle Kraft gefördert. Von Hongkong und den fremden Handelsplätzen hat sich ein Strom gewinnbringenden Verkehrslebens durch alle Theile ergossen und dabei auch denjenigen, von denen er ausging, den Lohn nicht versagt. Deutschland hat seinen Antheil daran spät errungen. Es steht im Begriff, durch Festigung seiner eigenen Stellung in eine neue Phase zu Gunsten der Entwicklung der natürlichen Schätze des Reiches und seiner Volkskraft einzutreten.

Die Frage, ob von dieser Förderung die Fremdmächte in Zukunft den größeren Vortheil haben werden, ist mit billigen Zweifeln, wenn nicht unumittelbar verneinend, zu beantworten. Wir brauchen nur auf Japan zu blicken. Dieses ehemalige Jauerland ist gewaltig aufgerüstet worden und dann aus eigener Kraft in den internationalen Wettbewerb um Handelsmacht und politische Macht mit erstaunlich schnellem Erfolg eingetreten. China, im Gegentheil, hat sich ablehnend verhalten und sträubt sich noch. Ihm werden die modernsten europäischen Einrichtungen und Erfindungen und die vollkommensten Verbindungen durch Telegraph und Eisenbahn aufgetragen. Aus eigener Gemüthsart rufen die Fremden nicht, bis sie die schlummernden Reichtümer an natürlichen Hilfsquellen und menschlicher Arbeitskraft entwickelt haben werden. Gewaltig zwingen sie China, die letzteren auf die massenhafte Herstellung der Güter zu wenden, durch welche Europa den Handel beherrscht, unbekümmert darum, ob sie nicht dadurch Europa's hohe materielle Macht herabsetzen, und ob nicht der Koloss, dem sie das durch wehliches Genie hinreichend erdachte Spielzeug in die Hand drücken, es so zu gebrauchen lernt, daß den Erfindern selbst schwerste Schädigung droht. Jede Kohlengrube, die geöffnet wird, jede Fabrik, die darauf hin für die Chinesen angelegt wird, jede Eisenbahn, die man ihnen aufzwängt, ist ein Theil dieses Selbstmord-Prozesses. Er wird gefördert, wenn man befreit ist, die Beherrschung von China zu erheben. So lange die fremden Mächte hiervon absehen und es selbst übernehmen, von ihren festen Plätzen an den Küsten aus das Land zu schlingen, werden sie die Häden der Erstarkung des Reiches der Mitte in ihrer Hand behalten.

Der industrielle Fortschritt Chinas aber ist nicht mehr zu demnen, und seitdem er ein unabwendbares Verhängnis für Europa geworden ist, hat jede Nation das Interesse, die Bewegung zu überwachen, von dem Gewinn, mit dem sie verbunden ist, für sich einen Theil zu sichern und auf dem Schauplatz des wirtschaftlichen Wettbewerbes der Nationen, dessen Schwerpunkt mehr und mehr in den fernsten Osten gerückt wird, eine machtvolle Stellung einzunehmen. Es ist zu hoffen, daß Deutschland durch die mit energischem Handeln erfolgte Befestigung von Kiautschau einen sicheren Schritt nach diesem Ziele hin gethan hat.

Diese Ausführungen des berühmten Geographen werden auch für denjenigen, der nicht völlig mit ihm übereinstimmt, von hohem Interesse sein. Besonders interessant aber ist es uns, daß Prof. v. Richtshofen die zukünftigen Folgen der Erschließung Chinas ähnlich verhängnisvoll für Europa, wie wir sagen hinzu, für den europäischen Kapitalismus, ansieht, wie wir dies von Anfang an in unserem Blatte zum Ausdruck gebracht haben.

Partei-Nachrichten.

Die Parteigenossen des Wahlkreises Ost- und West-Steruberg in der Part halten am 2. Januar von Nachmittag 3 Uhr an im Rittschlichen Lokal in Drossen eine Kreis-Konferenz ab, um den Bericht des Vertrauensmannes entgegenzunehmen und über die Eintheilung des Kreises zu beraten.

Die Magdeburger „Volkstimme“ erscheint von jetzt an um drei Beilagen wöchentlich stärker als bisher. Vier Seiten beträgt ihr Umfang nun noch Montags, an den übrigen Tagen sechs bis acht, Sonntags eventuell noch mehr Seiten. Der Romanbogen ist dabei nicht getrennt. Diese Erweiterung des Blattes soll zunächst bis zur Reichstagswahl Platzgreifen. Die Beilagen, womit unser Bruderorgan heimgeführt wird, werden aber wohl zu einer derartigen Erhöhung des Abonnenten- und Inseratenhandels führen, daß die neuen Beilagen dauernd gegeben werden können.

In ihrer Donnerstagsnummer stellt die „Volkstimme“ fest, daß in anderen Magdeburger Buchhandlungen Ansichtskarten, die dem Preßgesetz in keinem Punkte entsprechen, nach wie vor verkauft werden. Die Buchhandlung der „Volkstimme“ hat nun sämtliche von ihr erworben und ihr von Gastwirthen und Geschäftleuten übermittelte Ansichtskarten, die weder den Namen des Bruders, weder den Namen des Verlegers, noch den Namen des Verfassers trugen, mit den zwei letzten Nummern der „Volkstimme“ an den Minister v. d. Rade abgefanbt.

Weiter schreibt die „Volkstimme“: „Die Sitte, seine guten Freunde und Bekannten dem Jahreswechsel durch einen Gruß und Glückwunsch zu erkennen, nimmt alljährlich an Umfang zu. Wenn sich diese Sitte innerhalb gewisser Grenzen hält, wird auch der ärgste Hypochonder nichts dagegen vorzubringen wissen. Es hat sich sogar eine ganze Industrie herausgebildet, die dem Bedürfnis mit feinsten und humoristischen Karten und kleinen Kunstwerken aus Papier entgegenkommt. Leider zeigt die gute Sitte auch schon einige arge Anzeichen. Der Witz auf den Glückwunschkarten verdrängt sich alljährlich immer mehr, er steigt vielfach bis in die dunklen Regionen der schmutzigen Bote hinab; ja noch mehr: die Industrie kommt auch den bösen Instinkten der Halbwelt entgegen und schafft Karten, die den Empfänger verlegen statt zu erfreuen. Obwohl die Buchhandlung gleichfalls Neujahrskarten verkauft, hat sie sich geübt, Karten zweideutigen und zotigen Inhalts anzulegen. Dieser Umstand hat aber die Aufhebung des Doppelpostens nicht herbeigeführt, der ängstlich darüber wacht, daß die Jugend durch die von der Buchhandlung angelegten Karten nicht sieht und liest. Vor den Schaulustigen anderer Buch- und Papierhandlungen, die nicht so peinlich denken, kann die Jugend ungenirt sehen bleiben.“

Vollzeitliches, Gerichtliches etc.
— Dem Reichstags-Abgeordneten von Wülhausen, Genossen Busch, ist in seiner stillen Zurückgezogenheit ein annehmbares Weidnachtsgeschenk zu Theil geworden in Form der Nachricht, daß die beiden gegen ihn wegen Verleumdung etc. erkannten, insgesammt auf 12 Monate lautenden Gefängnisstrafen in 10 1/2 Monate zusammengezogen worden sind. Quod erat demnach in der ersten Hälfte des Oktober nächsten Jahres das Gefängnis verlassen.

— Der Steintiner „Volkbote“ berichtet aus Köslin, daß dem Schankwirth Schulz von dort zu Weihnachten die öffentliche Tanztafel verweigert worden sei, weil in seinem Lokal eine Versammlung abgehalten wurde, wo der Parteigenosse Hennig einige Worte sprach. Eine Beschwerde beim Regierungspräsidenten habe nicht genügt. Die Maßregel wird selbst von dem unserer Partei feindlichen „Steintiner Tagesblatt“ mißbilligt.

Verhandstag der vereinigten Dachdecker und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Wera, 28. Dezember 1897.
Aus dem Schluss der Sitzung sind folgende Beschlüsse nachzutragen: Die Zentralkommission ist verpflichtet, einen Reserfonds anzusammeln, um bei Streiks sofort Mittel zur Hand zu haben. Die laufenden Kosten werden auf die Mitglieder berechnet und sind diese wie alle anderen Beiträge von den Filialen einzuziehen. Die Bei-

träge werden auf 40 Pf. festgesetzt. Die Zentralkommission hat die Zahlung einzustellen, wenn nicht nach Schluss jeder Woche ein ausführlicher Bericht eingekandt wird, es sind hierzu gedruckte Formulare zu verwenden, welche in leicht verständlicher Weise auszufüllen sind.

Ferner wird beschlossen, daß jeder an der Lohnbewegung Theilhabende über die erhaltene Unterstützung einen Schuldschein ausstellen hat, in welchem er sich verpflichtet, falls er von der Lohnbewegung abfallen sollte, die erhaltene Unterstützung wieder zurückzugeben.

Dem Zentralkommission wird zur Pflicht gemacht, ausschließlichen Angriffstreiks die Genehmigung zu versagen und auch bei Abwehrstreiks die günstige Gelegenheit abzuwarten. Das Schwergewicht soll bei allen Streiks auf die Vertiefung der Arbeitsetigkeit gelegt werden. Es wird sodann noch ein Streitreglement angenommen. Die Streikunterstützung darf für verheiratete Kollegen 2,50 M. und für ledige 1,50 M. pro Tag nicht übersteigen.

Wera, den 29. Dezember 1897.

Ueber das Thema: „Was können wir gegen die vielen Unglücksfälle in unserem Berufe thun?“ referirt J. H. J. G. W. München. Redner führt die Unglücksfälle im Dachdecker- und anderen verwandten Gewerben auf den mangelhaften, theilweise sogar ganz fehlenden Schutz durch Gerüste u. s. w. zurück. Diese Erscheinung sei die Folge der ungelungenen Zustände im Baugewerbe überhaupt. Es müsse darauf hingewirkt werden, daß die städtischen Behörden Vorschriften über Schutzmaßregeln zur Verhütung von Unfällen erlassen. In der Diskussion wird konstatiert, daß Sachen die besten Schutzbestimmungen für die baugewerblichen Arbeiter erlassen und Revisoren aus dem Arbeiterstande mit praktischer Bildung ange stellt hat. Weiter wird betont, daß den Arbeitern die Schutz vielfach selbst beizumessen ist, wenn sich Unfälle infolge mangelhafter oder fehlender Schutzvorrichtungen ereignen, weil sie keine Abhilfe solcher Mängel fordern. Es wird beschlossen, eine allgemeine Agitation für die Andringung genügender Schutzvorrichtungen zu entfalten und in Gemeinschaft mit anderen Baugewerben bei den zuständigen Behörden um Einsetzung von Baukontrollkommissionen, bestehend aus Technikern, Baumeistern und Bauarbeitern vorstellig zu werden.

Ueber das Thema: „Wie ist die Agitation mit bestem Erfolg zu betreiben?“ referirt G. Ullrich-Essen. Es wird die Einsetzung eines Agitationskomitees neben dem Zentralkommission anregt und erwünscht, daß die Agitation in den Thüringer Schieferbrüchen die erwarteten Erfolge nicht gezeitigt hat. Auf diesem Gebiete mehr zu thun, sei unablässig notwendig. Agitationsmarken sollen in Zukunft 6 anstatt 4 wie bisher entnommen werden.

Sodann referirt in der Nachmittags-Sitzung Neumeier-Stuttgart über den Anschluß an die Generalkommission, diesen empfiehlt. Anderer Ansicht ist G. Ullrich-Berlin. Er kann sich einen Nutzen von dem Anschluß gar nicht versprechen, in agitatorischer Beziehung werde die kleine Dachdecker-Gewerkschaft immer das Stiefkind bleiben und nur zur Zahlung der Beiträge gebraucht werden. Ein anderer Redner bespricht, daß die Beiträge durch den Anschluß bedeutend erhöht werden müßten. Der Vertreter der Generalkommission, Legien, gerirret diese Bedenken, worauf in namentlicher Abstimmung der Anschluß an die Generalkommission mit 16 gegen 5 Stimmen angenommen wird. Bei der Statutenberatung wird der § 1 dahin abgeändert, daß in Zukunft den Mitgliedern Rechtschutz auch in den Krankenkassen, Unfall-, Alters- und Invaliden-Angelegenheiten gewährt wird. Ein weiterer Antrag der Filiale Berlin, daß jedes Mitglied, welches im Winter-Halbjahr (15. Dezember bis 15. April) eintritt, einen Beitrag von 6 Wochen zu entrichten hat, findet ebenfalls Annahme. Rade bei einander liegende Filialen sollen öfters gemeinschaftliche Versammlungen abhalten, und soll fernerhin an jedem Verbandstage noch ein Mitglied der Pressekommmission und der Redakteur des Jahrbuchs theilnehmen. Weiter wird beschlossen, daß den Delegirten gebundene Mandate nicht gegeben werden dürfen und dem Statut die Bestimmung beizufügen, daß alle Unterstufungen, welche der Vorstand gewähren kann, freiwillig sind, die der Vorstand auch verweigern kann. Hier wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Generalversammlung des Verbandes der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Hamburg, den 28. Dezember 1897.

Heute wurde hier die Generalversammlung eröffnet. In derselben sind 16 Delegirte erschienen, welche 14 Orte vertreten; außerdem ist die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands durch S. B. A. vertreten.

Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden R. v. Berlin geht ein Wachsthum des Verbandes seit der letzten Generalversammlung hervor. Die Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung, welche von der letzten Generalversammlung mit 8 gegen 5 Stimmen beschlossen wurde, kam nicht zur Ausführung, weil die Mitglieder, von welchen die Frage in einer Urabstimmung entschieden werden sollte, mit 282 gegen 167 Stimmen gegen die Einführung derselben votirten.

Lohnbewegungen sind in den letzten drei Jahren verschiedentlich durchgeführt worden, darunter die größte Anzahl erfolgreich. Wo die Lohnbewegungen einen unglücklichen Ausgang nahmen, war dieses in erster Linie auf die mangelhafte Organisation zurückzuführen. Die Vergolder Oesterreichs und Dänemarks, welche auf der vorigen Generalversammlung durch Delegirte vertreten waren, haben die Entsendung solcher der hohen Kosten wegen in diesem Jahre unterlassen.

Aus dem Kassenbericht, welcher von Späth-Berlin erstattet wurde, ist gleichfalls ein Wachsthum des Verbandes zu ersehen. In den letzten drei Jahren hatte der Verband die Einnahme von 23 875,76 M.; davon entfielen auf die Hauptkassa 18 797,25 M. und auf die Filialkassen 5078,51 M. Die Ausgaben betragen 17 680,65 M., und zwar 10 204,28 M. bei der Hauptkassa und 7476,37 M. bei den Filialkassen. Die Mitgliederzahl hat sich von 593 im Jahre 1894 auf 1050, die Zahl der Filialen und Zahlstellen von 11 im Jahre 1894 auf 15 vermehrt. Das Verbandsvermögen beträgt 9838,78 M.

Der Kassenbericht wurde von Feuerbach-Hamburg erstattet und hierauf die Fortsetzung der Verhandlungen auf Montag vertagt.

In der Sitzung am Montag erstatteten zunächst die Delegirten Bericht über die Verhältnisse in den einzelnen Zahlstellen. Derselben ergaben kein rosiges Bild über die Lage der Vergolder. Namentlich wird geklagt über das Zwischennemessersystem und niedrige Löhne. Die Arbeitszeit beträgt meistens 10 Stunden. Trotz der Mängel läßt die Organisation an vielen Orten noch sehr zu wünschen übrig. Im allgemeinen ist jedoch in sämtlichen Zahlstellen ein Fortschritt zu verzeichnen.

Außerordentlich lebhaft wurden die Verhandlungen beim Punkt Unterstufungen. Eine Reise-Unterstützung besitzt der Verband schon seit einigen Jahren, welche zur vollständigen Zufriedenheit funktioniert. Deshalb waren auch sämtliche Delegirte, mit einer Ausnahme, für Aufrechterhaltung der Reise-Unterstützung. Es wurde auch demgemäß beschlossen; weitergehende Anträge, welche die Unterstufung erhöhen wollten, wurden aber abgelehnt.

Zur Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung konnte man sich jedoch nicht entschließen. Dagegen fand ein Antrag Annahme, wonach zuerst einmal Erhebungen über die bisherige Dauer und den Umfang der Arbeitslosigkeit im Vergoldergewerbe angestellt werden sollten, um aus dem gewonnenen Material eine Grundlage für die weitere Behandlung der Frage zu haben.

Hamburg, den 28. Dez. 1897.

Die Generalversammlung beschäftigte sich zunächst in ihrer heutigen Sitzung mit der Frage, wie es am besten möglich sei, ausfallende oder ungelungen vorbereitete Streiks zu verhüten. Verschiedene Redner schlugen vor, den Gewerkschaftsvertretern einen größeren Einfluß einzuräumen, und von deren Genehmigung die Proklamirung eines Streiks abhängig zu machen. Dagegen wandten

nach Späht: Berlin und Rostock ganz energisch. Ersterer hielt es für zweckmäßig, nach allen Orten, wo Streitigkeiten ausbrechen, ein Mitglied des Hauptvorstandes zu schicken, welches zunächst eine Vermittlung herbeizuführen versuchen soll. Auf das dringendste aber warnte er davor, den örtlichen Kartellen noch mehr Rechte einzuräumen, als sie sich schon angeeignet hätten. Rostock schloß sich dem an. Er empfahl außerdem den Zusammenschluß der verschiedenen miteinander verwandten Branchen zu Industrieverbänden. Ihren Abschluß fand die Debatte durch Annahme nachstehender Resolution: „Die Generalversammlung macht es den Filialen resp. Filialvorständen zur Pflicht, bei vorkommenden Differenzen mehr als bisher auf das Statut zu achten und vorwiegend vor leichtsinnigen Streits. Jedoch darf gegebenen Falles keineswegs der geeignete Moment außer acht gelassen werden, zur rechten Zeit in eine Bewegung einzutreten, wenn die besten Aussichten auf Erfolg vorhanden sind.“

Nach einer lebhaften Debatte wurde beschlossen, den bisherigen Beitrag beizubehalten. Beim Punkt Verbandsorgan drehte sich die Debatte hauptsächlich um die Erscheinungsweise des Organs. Dasselbe erscheint jetzt alle vier Wochen. Mehrere Anträge verlangten einen kürzeren Termin und begründeten dieses mit dem Hinweis darauf, daß das Verbandsorgan doch ein vorzügliches Agitationsmittel sei. Außerdem wurde eine Verbesserung des Inhaltes durch Aufnahme fachtechnischer Artikel verlangt. Das vierzehntägige Erscheinen der Zeitung wurde des Kostenpunktes halber abgelehnt, dagegen beschlossen, den Lesern durch Einführung eines Sprechsaales Gelegenheit zu geben, sich gegenseitig über technische Fragen zu belehren.

Beim Punkte Agitation wurde von allen Seiten die Nothwendigkeit, eine größere Agitation zu entfalten, vertreten. Ueber die beste und zweckmäßigste Ausführung derselben gingen aber die Ansichten auseinander. Einige Redner empfahlen die Entsendung von Agitatoren, andere waren im Gegentheil der Meinung, daß die Agitation mehr von den Filialen aus betrieben werden müßte. Schließlich einigte man sich dahin, solche Zahlstellen, welche dieses verlangten, durch Entsendung auswärtiger Agitatoren zu unterstützen. Die dem Hauptvorstande zu diesem Zwecke zur Verfügung stehende Summe von 200 M. wurde auf 300 M. erhöht.

Darauf wurde in die Beratung der gestellten Anträge eingetreten. Die meisten derselben befaßten sich mit den internen Angelegenheiten des Verbandes. Wichtig ist besonders ein Antrag, wonach diejenigen Mitglieder, welche in einen Streik eintreten wollen, dieses sofort dem Hauptvorstande mitzuteilen haben. Derselbe soll dann zunächst versuchen, eine Einigung auf gütlichem Wege herbeizuführen.

Hamburg, den 29. Dezember 1897.

Am heutigen Verhandlungstage fanden verschiedene Anträge Annahme, welche eine umfassendere Agitation ermöglichen sollten. Einige andere, welche zur Annahme gelangten, erhöhen die Leistungen des Verbandes seinen Mitgliedern gegenüber. Die Ansammlung von Streikfonds empfiehlt folgender Beschluß: „Die Filialvorstände haben für die Sammlung eines lokalen Streikfonds Sorge zu tragen. Die Art der Sammlung bleibt den Filialen überlassen. Der Verband hat kein Anrecht auf diese Fonds, dieselben sind als Privatvermögen der einzelnen Filialen zu betrachten.“ Beachtenswert ist außerdem noch ein Antrag der Zahlstelle Berlin in bezug auf die Aufnahme von Statistiken: „Der Hauptvorstand wird beauftragt, über alle im Bergolbergewerbe einschlägigen Fragen, Lohn- und Arbeitsverhältnisse, insbesondere über die Arbeitslosigkeit im Gewerbe, eine Statistik zu führen, behufs genauer Begründung der Nothwendigkeit der Arbeitslosen-Unterstützung. Die Filialvorstände sind zur Lieferung des hierzu erforderlichen Materials an den Hauptvorstand verpflichtet.“ Dieser Antrag fand Annahme. Die Filiale Strelitz hatte die Einführung von Statistikkarten beantragt und der Delegierte von Strelitz begründete diesen Antrag mit einem Hinweis auf den großen Werth der Statistik. Je eingehender dieselbe sei, desto eher sei sie zur Grundlage von gewerkschaftlichen oder gesetzgeberischen Aktionen zu machen. Dem wurde aber entgegengehalten, daß die Arbeiter ja die wenigen Fragen auf den Fragebogen noch nicht einmal zur Gänze beantworten, noch viel weniger werden sie sich zur Ausfüllung solcher Bücher bequemen. Um dieses durchzuführen, sei es vor allen Dingen notwendig, daß Groß der Arbeiter mehr aufzuklären über den Werth der Statistik. Diese Ausführungen führten denn auch zur Ablehnung des Antrages.

Gleichfalls abgelehnt wurde ein Antrag derselben Filiale, welcher den Anschluß an den Gewerkschaftsverband befristete. Mit diesem Antrage stand der Delegierte aus Strelitz allein.

Als Sitz des Ausschusses, der bisher in Hamburg war, wurde München bestimmt. Der Sitz des Hauptvorstandes bleibt in Berlin. Das Verhältnis zur Generalkommission der Gewerkschaften bleibt wie bisher weiter bestehen. Bei den Verhandlungen über diesen Punkt kamen auch die noch vorhandenen Schulden der Generalkommission von dem Auslande der Tabakarbeiter 1890 zur Sprache. Es wurde den einzelnen Delegirten aus Herz geleg, ihren Einfluß in ihren Filialen dahingehend auszuüben, daß von den einzelnen Mitgliedschaften Beiträge zur Tilgung dieser Schulden geleistet werden. Als Delegierter zum nächstjährigen Gewerkschaftskongreß wird Späht-Berlin gewählt.

Beim Punkte Meisner wurde von allen Seiten darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, den ersten Mai in erhöhtem Maße durch Arbeitsruhe zu feiern und gelangte hierzu folgende Resolution zur Annahme: „Die Generalversammlung empfiehlt den Filial-Vorständen, energischer wie bisher auf die allgemeine Arbeitsruhe am ersten Mai hinzuwirken und dieselbe allerorts zu verwirklichen.“ Hiermit war die Tagesordnung der Generalversammlung erschöpft. Rostock dankte den Delegirten und dem Lokalkomitee für ihre Anwesenheit, gab seiner Freude Ausdruck über die sachliche Behandlung aller Fragen und schloß mit einer Mahnung an alle Delegirten, nach besten Kräften für den weiteren Ausbau des Verbandes zu sorgen, die Generalversammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Vorstand der Berliner Buchdrucker macht in seinen „Mittheilungen“, die vom 24. d. M. datirt sind, bekannt, daß, da voranschreitend der Streik der englischen Maschinenbauer in einigen Tagen zu Ende gehen werde, die Sammlungen von seiner Seite geschlossen seien. Diese Annahme hat sich, wie bekannt, nach den Meldungen der letzten Tage leider nicht bestätigt, der Kampf wird weiter geführt und so werden auch die Buchdrucker nicht aufhören, nach wie vor ihr Scherflein zur Unterstützung der englischen Arbeiter beizutragen, bis der Sieg endgiltig ertönen ist.

Deutsches Reich.

Sämmtliche Former der Dornier Maschinenbau-Aktiengesellschaft sind ausgesperrt. Bei der Firma sind in letzter Zeit wiederholt Lohnabhänge vorgekommen, so daß die Arbeiter endlich vorstellig wurden und eine feste Regelung der Lohnverhältnisse forderten. Diese wurde vom Direktor kurz abgelehnt und sämmtliche Former ausgesperrt. Es wird deshalb um Fernhaltung des Zugangs gebeten.

Wegen Mafregelung des zweiten Vorstehenden der Kölner Filiale des Steinmetzen-Verbandes wurde die Sperre über das Marmorgeschäft von H. Funck verhängt; weiter wurde beschlossen, keine Arbeiten für Fund in den übrigen Werkstätten anzufertigen.

Vom „groben Unfug“. Das Schöffengericht in Lübeck verurtheilte zwei Tischler und zwei Bauarbeiter zu je 3 Tagen Haft wegen „groben Unfugs“, begangen durch sogenanntes Streikpostenfeiern. Der Staatsanwalt hatte bei den Tischlern sogar 4 Wochen, bei den Bauarbeitern 14 Tage beantragt. Zwei Tischler wurden freigesprochen.

Nachdruck.

Die märkisch-schlesischen Handlungsgesellen sollten in einer Konferenz, welche während der Weihnachtsfeiertage in Berlin abgehalten wurde, folgende Beschlüsse: Die Handlungsgesellen werden aufgefordert, nach Eröffnung des Reichstages eine intensive Agitation

für die Forderungen der Handelsarbeiter einzuleiten. In allen Gehilfen- und Krankenlokalen-Ausführungswahlen haben sich die Handelsarbeiter zu beteiligen. Die Arbeiter-Konsumvereine werden aufgefordert, die Wünsche ihrer Angehörigen mehr als bisher zu berücksichtigen. Der „Handlungsgeselle“ und das „Organ der Handelsangestellten“ werden als Fachblätter anerkannt, ersteres für die Handelsarbeiter deutscher, letzteres für die der tschechischen Zunge. Unter dem fortschreitenden Publikum, insbesondere in der Arbeiterschaft, ist eine Agitation einzuleiten, bezugnehmend auf die Enthaltung vom Einkauf an Sonntagen.

Zur allgemeinen Gewerkschafts-Konferenz, welche morgen in London zusammentritt, um über die Stellung der Gewerkschaften zu dem Kampf im Maschinenbaugewerbe zu berathen, haben 180 Unionen die Sendung von Delegirten in Aussicht gestellt. Es werden so alle Vereinigungen auf der Konferenz vertreten sein mit Ausnahme der Kesselschmiede und der Baumwollspinner von Lancashire; verschiedene Zweigvereine der Spinner-Union werden jedoch vertreten sein. In bedeutsamer ist allerdings, daß die Kesselschmiede, die in erster Linie die Maschinenbauer — und zwar nicht bloß finanziell — zu unterstützen in der Lage wären, diesen wichtigen Verhandlungen fern bleiben. Das Parlamentarische Komitee der Gewerkschaften wird durch seinen Vorsitzenden Sam. Woods vertreten sein.

Soziales.

Konsumvereine und Sozialdemokratie. Sozialdemokratische Blätter waren die ersten, die gegen die schlechte Bezahlung der Angestellten der Konsumvereine Front machten; wie sie auch die einzigen waren und geblieben sind, die die Organisation der Konsumvereins-Angestellten unterstützen. Ferner ist bekannt, daß unsere Partei mit den Konsumvereinen nichts zu thun hat, es sind keine Parteigründungen, wie agitiren auch nicht für sie, und wo Parteigenossen in Konsumvereinen einmal die Mehrheit haben, da ist das ein Zufall. Das alles ist schon hundertmal gesagt worden. Da giebt nun die „Soziale Praxis“, das Organ des Staatsministers v. Berlepsch, in dieser Sache Neuierungen unserer Bruderorgane „Bogisländische Volkszeitung“ und „Sächsisches Volksblatt“ wieder und scheidet den Zitate loyaler Weise die Bemerkung voraus: „Übermalls sind es sozialdemokratische Blätter, die ihre Stimme laut erheben gegen die Ausbeutung von Angestellten in Arbeiter-Unternehmungen.“ Die „Vossische Zeitung“ benutzte die Noth der „Sozialen Praxis“, verhöhnt aber, im dunklen Drange, der Sozialdemokratie ein auszuweichen zu müssen, selbstverständlich die vordringend wieder-gegebene Bemerkung des Organs des Herrn v. Berlepsch und spricht frechweg von „sozialdemokratischen Konsumvereinen“, zum Schluß bemerkend: „Ohne Profit raucht kein Schornstein!“ hat Bebel, der nicht bloß guter Sozialdemokrat, sondern auch guter Geschäftsmann ist, auf dem Hamburger Parteitag gesagt. Und ob „Bourgeois“, ob Sozialdemokrat, die Geschäftsmaximen bleiben dieselben.

Die Geschäftsmaximen der Sozialdemokratie sind aber nicht die scholten Maximen der Bourgeois. Wo sich Neigung dazu unter Arbeitern bemerkbar macht, da zieht unsere Partei vom Leber, und thörichtlich hat unsere Kritik an den Zuständen in Konsumvereinen bereits Erfolg gehabt und wird weiter ihre Wirkung üben.

Im 1897er Jahresbericht der Hamburger Handelskammer, der soeben erschienen ist, wird der Hosenarbeiterstreik ganz in derselben einseitigen Weise besprochen, wie das schon im 1886er Jahresbericht geschehen ist. Das Verfahren der Heder und Stauer, die den Einigungsversuch des Senats als angeblich unbefugte Einmischung eines Dritten abgelehnt und dadurch selbst die lange Dauer des Streiks verschuldet haben, rückt der Handelskammerbericht demgegenüber in das fremdlichste Licht, während er, nach bekannter Thatsache, die „Arbeiterführer“, die gerade in diesem Falle nichts weiter waren, als die Mandatäre der Masse, als Demagogen hinstellt. Von einer Handelskammer, deren Vorsitzender der durch sein rigoroses Auftreten bei dem Streik bekannte Redner Laetz ist, kann man eine objektive Schilderung des großen wirtschaftlichen Kampfes schlechterdings auch nicht erwarten. Wie der Herr, so das Geschick!

Arbeiter-Risiko. In Brauereien vorgekommene Unfälle haben den Magistrat von Augsburg zu einer Bekanntmachung veranlaßt, worin die Betriebsunternehmer u. a. darauf aufmerksam gemacht werden, daß mit Geldstrafe bis zu 900 M. oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft werden kann, wer durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung eines anderen verschuldet, und bis zu 3 Jahren, wenn der Unternehmer zu der Aufmerksamkeit, die er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet war. Durch diese Bekanntmachung wird einmal amtlich konstatiert, daß die Unternehmer, nicht die Arbeiter an den Unfällen schuld sind.

Der durchschnittliche Jahresverdienst der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter der vier Regierungskreise Württemberg ist vom Ministerium des Innern auf die Zeit vom 1. Januar 1898 bis 31. Dezember 1902 neu geregelt worden. Der Jahresdurchschnittslohn für männliche Erwachsene ist auf 700 M. festgesetzt für den Stadtdirektionsbezirk Stuttgart und den Stadtgemeinbezirk Cannstatt; auf 650 M. für die Städte Gillingen, Heilbronn und die Gemeinden Untertürkheim und Wangen; auf 600 M. für die Städte Ulm, Reutlingen und die Gemeinden Willstätt und Gammstadt; auf 500 M. für zahlreiche Gemeinden des Neckar- und Schwarzwaldkreises und der Stadt Gmünd im Jagstkreis; für sämtliche Gemeinden des Donaukreises mit Ausnahme von Ulm sind 450 M. und für eine große Zahl der kleineren Gemeinden der drei übrigen Kreise auf 400 M. festgesetzt. Der Durchschnittslohn der weiblichen Erwachsenen und der männlichen Jugendlichen steht ziemlich gleich und variiert zwischen 200—400 M.

Diese amtliche Einschätzung, schreibt die „Schwäb. Tagwacht“, bestätigt treffender als spaltenlange Auseinandersetzungen, daß die Lebenshaltung dieser Bevölkerungsschichten zu der heutigen Kultur in keinem Verhältnis steht; sie löst auch das Räthsel, warum die Landwirtschaft immer mehr Arbeitskräfte an die Industrie verliert.

Gerichts-Beitrag.

Das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb und die Zeitungen. In unserem Nachbarorte Schöneberg existiren zwei Blätter, das „Schöneberger Tageblatt“ und das „Schöneberger Wochenblatt“. Das „Wochenblatt“ ist amtliches Publikationsorgan. Früher erhielt das Tageblatt auch amtliche Nachrichten, als es aber gegen den Gemeindevorsteher Opposition machte, wurden sie ihm entzogen. Nichtsdestoweniger behielt das „Schöneberger Tageblatt“ den Untertitel „Gemeindeblatt“ bei. Vor einiger Zeit wurden nun sein Verleger Lenz und der Redakteur Müller deswegen angeklagt, sich gegen das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb vom 27. Mai 1896 verstanden zu haben. Des Redakteurs Strafbarkeit wurde aus dem § 20 des Preßgesetzes hergeleitet. In wesentlichen stützte die Staatsanwaltschaft die Anklage auf den § 4 des Gesetzes vom 27. Mai 1896, der bestimmt: Strafbar ist, wer über die Beschaffenheit von Waaren wissenschaftlich unwarre, zur Irreführung geeignete Angaben in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mittheilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, macht und damit beabsichtigt, den Ankauf eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen. Der Angeklagte Lenz bestreitet, daß er sich eines Vergehens hiergegen schuldig gemacht habe, indem er nach wie vor die Zeitung eine „Gemeindezeitung“ nenne. Im übrigen seien Zeitungen auch keine Waaren im Sinne der angezogenen Gesetzesstelle. Der Angeklagte Müller erklärte, daß er als Redakteur für den Titel überhaupt nicht verantwortlich gemacht werden könne. Das Schöffengericht sprach ihn frei, verurtheilte aber den Verleger Lenz wegen Uebertretung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb. Sowohl Lenz wie die Staatsanwaltschaft legten Berufung ein. Die der Staatsanwaltschaft hatte den Erfolg, daß die Strafkammer auch Müller zu einer Geldstrafe verurtheilte. Die Berufung des Verlegers wurde

verworfen. Nunmehr griffen beide Angeklagte das Urtheil mit der Revision an. Der Strafsenat des Kammergerichts erlaunnte daraufhin gestern: Die Revision des Angeklagten Lenz wird als unbegründet zurückgewiesen. Dagegen wird das Urtheil gegen den Angeklagten Müller aufgehoben und er als nichtschuldig freigesprochen. Die Annahme des Berufungsgerichts, daß periodische Zeitungen unter den Begriff der Waare fallen, ist nicht rechtsirrtümlich. Eine Waare ist jedes Erzeugniß, das aus einem auf Gewinn abzielenden Unternehmen im Bereiche der Produktion oder des Handels in den wirtschaftlichen Verkehr gebracht wird. Demgemäß ist Lenz auf Grund der Feststellungen des Vorberichters mit Recht verurtheilt worden. Der § 4 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb ist auf ihn anzuwenden gewesen. Das Behalten jenes Untertitels enthält die in diesem Paragraphen angegebenen Merkmale. Anders liegen die Dinge mit dem angeklagten Redakteur. Der verantwortliche Redakteur einer Zeitung ist auf Grund des § 20 des Preßgesetzes allerdings verantwortlich für ihren Inhalt. Der Senat nimmt aber an, daß die Ueberschrift und der Titel der Zeitung als „Gemeindezeitung“ nicht zu dem Inhalte der Zeitung gehören. Bei dem Worte Inhalt einer Zeitung wird niemand an die Ueberschrift denken. Die Ueberschrift ist nicht eine Sache des Redakteurs, sondern die des Verlegers, und dieser ist dafür verantwortlich. Darum hat Müller freigesprochen werden müssen.

Die Holz-, Mast- und Jagdordnung für die Provinz Brandenburg vom 20. Mai 1720 verpflichtet jeden, der im Walde ein Geweih findet, es an den nächsten Forstbeamten abzuliefern. Ein Herr Giese wurde beschuldigt, dagegen verstoßen zu haben. Er hatte ein Hirschgeweih gefunden und mitgenommen und auf die Aufforderung des Försters, es herauszugeben, dies abgelehnt. Gegen die Anklage machte er geltend, die Holz-, Mast- und Jagdordnung von 1720 sei nicht mehr rechts-gültig. Schöffengericht und Landgericht waren aber der entgegen-gesetzten Meinung und verurtheilten ihn zu einer Geldstrafe. Giese legte darauf gegen das landgerichtliche Urtheil Revision ein. Er führte aus, jenes Provinzialrecht von 1720 sei durch das Allgemeine Landrecht und durch die andere Gesetzgebung außer Kraft gesetzt worden. Neben dem Forstpolizeigesetz könne es nicht fortbestehen, und im 16. Titel des 2. Theils des Landrechts würden Hirschgeweihe unter den herrenlosen Sachen aufgeführt. Der Strafsenat des Kammergerichts wies die Revision als unbegründet zurück. Die Holz-, Jagd- und Mastordnung bestehe sehr wohl noch zu recht. Sie sei nicht ausdrücklich aufgehoben worden, und das Landrecht und das Forstpolizeigesetz änderten an ihrem rechtlichen Fortbestande auch nicht.

Hungernde Arbeitsfabriken in Oskisten. Ueber die Dienstbotennoth auf dem Lande führen bekanntlich die Herren Agrarier gar fürchterliche Klagen; daß sie aber an dem Zuge ihrer Arbeiter nach der Stadt nicht unschuldig sind, beweist wieder einmal eine Verhandlung, die jüngst vor der 2. Breslauer Strafkammer stattfand. Die „Bresl. Ztg.“ berichtet darüber: Wegen Diebstahls und Nahrungsmittel-Entwendung war die Köchin Marie Köhner vom Schöffengericht zu einer Woche Gefängnis und einer Woche Haft verurtheilt worden. Die Angeklagte hatte bei dem Rittergutsbesitzer Langner zu Bischofswalde, Kreis Breslau, in Diensten gestanden. Dort hat sie zwar der Arbeit die Hölle und Hölle, recht oft aber, wie sie behauptete, nicht ausreichend zu essen gehabt, sodas sie gewöhnlich mit krummem Magen die Arbeit verrichten mußte. Zwar wäre mittags Fleisch auf den Tisch gekommen, aber wenig und selten sei sie satt geworden. Für die ganze Woche habe ihr der Herr immer nur je ein Brot zugetheilt. Oft sei dasselbe schon in der Mitte der Woche aufgebraucht gewesen, und dann hätte für den übrigen Theil der Woche wieder sehr sehr der Magen geknurr. Eines Tages im September mußte sie sich vor Hunger nicht zu helfen — es war die Zeit, wo im Garten das letzte Obst gepflückt wurde, — da raubte sie ein dem Herrn gehöriges Körbchen mit Birnen. Sie behauptete, es wären nicht mehr als zwei bis drei Liter darin gewesen. Außerdem eignete sie sich widerrechtlich eine Anzahl Eier an und verschloß das gekochene Obst sorgsam in einer Schublade des in der Küche stehenden Speiseschranks. Immer, wenn es sie dann hungerig, that sie sich von den gestohlenen Waaren aus dem Schrank etwas zu gute. Aber die Freude dauerte nur wenige Tage. Denn der Herr hatte von dem Diebstahl Wind bekommen und durchsuchte die Küche nach den lebenden Birnen und Eiern. Mit einem zweiten Schlüssel öffnete er die Schublade zum Küchenschrank und fand dort das Gefuchte aufgespeichert. Nun wurde das Mädchen als Diebin vor Gericht geschleppt. Das Schöffengericht erachtete betriebs der Wagnahme der Eier bloß einen Fall von Uebertretung, nämlich sogenanntes „Nahrungsmittel-Entwendung“ für vorliegend und setzte dafür eine Woche Haft ein; dagegen erblidete das Gericht in der Aneignung der Birnen einen Diebstahl, weil es ein ganzer Korb auf einmal war. Gegen das Urtheil legte die Angeklagte Berufung ein, die Strafkammer ein, vor welcher jüngst neuerlich in die Beweisnahme eingetreten wurde. Das als Zeugin vernommene Dienstmädchen Anna Konejorek, welches noch jetzt bei dem Rittergutsbesitzer Langner zu Bischofswalde in Stellung ist, erklärte auf Befragen schädeln, daß auch sie manchmal nicht ganz satt werde, obwohl sie nur wenig vertrage. Die Angeklagte habe sich oft unter Kollagenen befangen, daß sie nicht genug zu essen bekomme. Auch sei es wahr, daß dieselbe Birnen und Eier hätte nehmen müssen, um satt zu werden. Ferner mußte die Zeugin zu geben, daß die Kost nicht bloß gering war, sondern daß auch die Beschaffenheit zu wünschen übrig ließ, daß die Dienstmägde z. B. ranzige Butter und schlechte Milch vorgefetzt bekamen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Peuder hat, die Angeklagte, die eine vollständig unbescholtene, arbeitame Person sei, nach Lage der Sache nicht als Diebin zu behandeln. Das Gericht stellte sich auf den von der Verteidigung eingenommenen Standpunkt, hob das Urtheil des Schöffengerichts auf und verurtheilte die Angeklagte bloß wegen zweier Uebertretungen von Nahrungsmittel-Entwendung zu insgesamt 20 M. Geldstrafe.

So lange Dienstboten derartigen Hungerkuren ausgesetzt sind, so lange ist es Menschenschmerz, die Dienstbotenklagen der Agrarier mit Hohnlachen und Berachtung zu beantworten.

Der kirchliche Reichstags-Abgeordnete Dr. Heim wurde am Dienstag vom Schöffengerichte Ansbach wegen Verleumdung eines Postadjunkten zu 10 M. Geldstrafe verurtheilt. Er hatte dem Benannten auf öffentlicher Straße zugerufen: „Wenn Sie mich nochmals fixiren, gebe ich Ihnen eine solche Ohrfeige, daß Sie den Erdboden küssen. Sie sind ein feiner Herr, aber sein mit ai geldreichen.“ Der klagende Postadjunkt, nebenbei bemerkt ein guter Katholik, wurde auf erhobene Widerlage wegen „Fixirens“ des Dr. Heim einer Verleumdung auch für schuldig erkannt, jedoch für straffrei erklärt.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Budapest, 30. Dezember. (B. G.) Aus Abgeordnetenkreisen wird gemeldet, daß Banffy für den Fall, daß die Liste die allgemeine Obstruktion ins Werk setzen sollte, sich vom Kaiser die Ermächtigung verschafft habe, das Abgeordnetenhaus aufzulösen.

Budapest, 30. Dezember. (B. Z. U.) Das Abgeordnetenhaus hat sich zum Montag verlagert. Die Debatte über das Provinzialparlament konnte auch heute noch nicht beendet werden, da noch mehrere oppositionelle Redner vorgemerkt bleiben.

Paris, 30. Dezember. (B. Z. U.) Im Panama-Prozesse wurden sämmtliche Angeklagten unter lebhaftem Beifall des Publikums freigesprochen.

Hort, 30. Dezember. (B. Z. U.) Heute fand hier eine große Vertreterversammlung der Arbeiter im Maschinenbau-Gewerbe statt. Dieselbe nahm einen Beschlus an, der das Vorgehen des Londoner Ausschusses gutheißt und die Zustimmung zu der von den Arbeitgeber-Vertretern in der Konferenz vom 17. Dezember ausgesprochenen Ansicht ausdrückt, daß die gegenwärtige Arbeitslosenverhältnisse nicht herabgesetzt werden könne. Durch diesen Beschlus ist die Waffenruhe in dem Kampfe zwischen den Maschinenbau-Firmen und ihren Arbeitern abgeschlossen.

Kommunales.

Genosse Singer schreibt uns: Ein Hörfehler Ihres Herrn Ver...

Infolge eines in der Stadtverordneten-Versammlung...

Der Bildhauer Kruse ist vom Magistratskollegium zum...

In Pension für die Ermittlung von Brandstiftern in...

Der bevorstehenden Neujahrsfestes wegen werden die...

Der Spezialetat für die Gemeindefriedhöfe pro 1898/99...

Der Kampf gegen den Umsturz vor hundert Jahren und jetzt.

Unsere vornehme Welt in Frankfurt und in der Uniform hat es...

Schon in den ersten Regierungsjahren Friedrich Wilhelm's II...

Und der traurige Ausgang der Regierung Friedrich Wilhelm's II...

Rimmer wird ferner die Jungentrast unserer Byzantiner die...

Ausgabe mit 88 944 M. eingestell. worden, so daß ein Zuschuß von...

Das Polizeipräsidium hat dem von der Stadtgemeinde auf...

Das Magistratskollegium hat beschlossen, dem Verein für...

Lokales.

Der historische Kalender für 1898 ist der heutigen Nummer...

Denjenigen Abonnenten unserer Zeitung, welche sich die...

Die Parteigenossen im zweiten Wahlkreise werden auf...

Achtung! Mitglieder der Freien Volksbühne! Der Vor...

Die 8. Serie der Vorstellungen beginnt die I. Abtheilung...

südpfeilischen adeligen und geistlichen Güter verschleuderten, um...

Wir gedenken hier nicht mit Friedrich Wilhelm II. ins Gericht...

Gegen die Sturmfluth auf dem politisch-sozialen und religiösen...

Gegen die gottlosen Himmelsstürmer predigten Köllner und sein...

im Lessing-Theater unter Mitwirkung der Herren Adolf Klein, Karl...

Der Vorstand. J. K. G. Winkler.

Vom Berliner Gewerkschaftsbund. Am 29. Dezember hat...

Die Ungleichheit der Leistungen dieser Krankenkassen...

Zwischen den Feste. Die Weihnachtslieder sind verklungen...

Wöllner'sche Religionsedikte enthielt, erschöpfte sich nicht der Staat...

Auch heute stehen wir wieder an der Schwelle großer welt...

nachdem das Leben zu plündern. . . Am Neujahrstag wird in den meisten Familien der Weihnachtsgeschenke seiner Untersuchungen und seines buntigen Plätters bedacht. So lange stand er noch in der Stube und vorbereitete eine feste Feiertagsstimmung. Mancher Familienvater und manche Mutter werden ihn mit gemischten Gefühlen betrachtet haben, denn hinter den Festtagen kommen bei so vielen Arbeitern die Fasttage. Von dem kargen Lohn, der so schon niemals reicht, mußte der Baum und Baudeckung und was sonst noch zur Festfeier gehörte, gekauft werden. Bei den wenigsten wird wohl der Feiertagslohn so ausgegeben haben, wie man es zu Weihnachten erwartet. Wie viel Neujahr konnte zum Beispiel in diesem Jahre eine Arbeiterfamilie von sechs bis acht Köpfen essen, bei den gesteigerten Preisen für dieses doch gewiß nicht zu seltene Obst? Von einem Feiertagsbraten wird auch nicht zu häufig etwas zu riechen gewesen sein in den Wohnungen der Schaffenden. Und trotzdem haben die Feste vielen großen Sorgen gebracht, denn der Kauf des Lohns reißt Löcher in das Budget einer Arbeiterfamilie, die erst nach vielen Wochen wieder notdürftig verstopft sind. Dazu kommt, daß der Neujahrstag auch der Zahltag für die fällige Miete ist. Das alles giebt eine hübsche Stimmung zwischen den Festen.

Das Strafenleben hat jetzt auch sein übliches Aussehen nach den Feiertagen. Die fliegenden Händler, die sonst mit Wädhern, Porzellan und Obst handelten, bieten Geschwundensorten an. Auch in Hausfluren haben sich viele Gintagsgeschäfte mit Neujahrswünschen aufgethan. Viel Scherz und mancher ungezogener Unfug wird dort feilgehalten. Aus vielen wird auch Zufriedenheit dem Empfänger gewünscht. Aber einem Menschen dies wünscht, weiß gar nicht, was er thut; denn Zufriedenheit ist das gefährlichste Schlafmittel für die Menschheit. Darum wünschen wir allen Unzufriedenheit!

Unsere Ansicht, daß die Berliner Polizei sich garnicht im Stande sieht, an ihrem Organismus die von dem vorgeschrittenen Teile der Bevölkerung für dringend notwendig erkannten Reformen vorzunehmen, ist von dem Polizeipräsidenten in einer mit den Vertretern der bürgerlichen Frauenbewegung getroffenen Unterredung schlagend bestätigt worden. Wie der „Post“ mitgeteilt wird, sprach Herr v. Bismarck in der Unterredung zunächst sein Bestreben darüber aus, daß fast sämtliche Blätter die vom Polizeipräsidenten versandte Mitteilung im Fall Köppen anders ausgelegt hätten, als der klare Wortlaut belege. (7) Es sei ausdrücklich erklärt worden, daß die im Fall Köppen behauptete Anwesenheit im Widerspruch mit den für die Behörde zur Zeit geltenden Bestimmungen stehe, weshalb man sich mit der Versicherung, daß künftig nur nach den angeführten Bestimmungen verfahren werden, sehr wohl hätte beruhigen können. (8) Wenn früher andere Bestimmungen in Geltung gestanden, so beruhe dies den gegenwärtigen Zustand nicht, und wenn gegen die heutigen Bestimmungen von amtlichen Organen verstoßen werde, so werde eine ungeschickliche Ahndung solcher Verstöße erfolgen. Eine solche Ahndung erscheint in einem „Mittelsstadium“ aber als etwas so Selbstverständliches, daß es sich wahrlich nicht lohnt, darum nach Worten zu verlieren. Weiter fuhr der Polizeipräsident fort: Daß sich nun aber die Frauenvereine der Sache bemächtigt hätten und dieselbe in großen Versammlungen breit treten wollten, bezeichnete Herr v. Bismarck schon deshalb für wenig loyal, da er die Erklärung des Polizeipräsidenten zu dem Fall Köppen auch den Vorständen sämtlicher Frauenvereine zugesandt habe! Die in Angriff genommene Aktion werde auch an der Sache nichts ändern, und die Dessenlichkeit sei wohl einsehen, daß sich der Gegenstand sehr wenig für öffentliche Verhandlungen in Frauen-Versammlungen eigne. Auf die Frage, ob wohl die von den Vereinen aufgestellte Forderung, für den inneren Dienst der Sittenpolizei weibliche Beamte und Kräftigen heranzuziehen, Rücksicht auf Berücksichtigung habe, erklärte der Präsident, keine bestimmte Auskunft geben zu können. Weiter sei an den maßgebenden Stellen ein solcher Vorschlag noch nicht in Erwägung gezogen worden, und seiner Ansicht nach werde sich für eine derartige Änderung des bisherigen beschriebenen Verfahrens das Bedürfnis kaum nachweisen lassen.

Daß die Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung auf diese Erklärung erwidert haben, wird nicht gemeldet. Wahrscheinlich waren sie so „erschrocken“, daß sie überhaupt keine Worte fanden. Möglicherweise kommt aber nachträglich der Fein oder Anderen, wenn auch nur im stillen Kämmerlein, der Schimmer, daß die leidigen Sozialdemokraten eigentlich Recht haben, wenn sie behaupten, daß die Schulkonstitution der kapitalistischen Ordnung gleich dieser überhaupt der Reformierung nicht fähig sind, und daß wirkliche Kultur erst kommen kann, wenn sie gemeinsam mit dem Kapitalismus ihr wohlverdientes Ende gefunden haben.

Zum Fall Köppen. Der Pferdebesitzer Köppen hat von dem Polizeipräsidenten nunmehr eine Erklärung über die Ergebnisse der Untersuchung, über das Verhalten der Polizeibeamten bei der Sicherung seiner Tochter, sowie über die ungebührlichen Vorkommnisse im Polizeipräsidenten erhalten. Der Polizeipräsident, der des Vorkommnisses halber um Entschuldigung bittet, thut mit, daß der Beamte, welcher die Sicherung vorgenommen, vorchriftsmäßig gehandelt habe. Die Sicherung von Frau Köppen mußte auf Antrag des Buschen erfolgen; der betreffende Beamte hat durch die gleichzeitige

Bestimmung des Mannes seiner Pflicht in vorchriftsmäßiger Weise Genüge getan. Dagegen hat der Polizeiwachmeister auf der betreffenden Revierwache unvorchriftsmäßig gehandelt. Derselbe habe die ihm zur Verfügung stehenden amtlichen Wege nicht voll und ganz benützt, und hierdurch sei es geschehen, daß Frau Köppen ungebührlich nach dem Polizeipräsidenten gebracht wurde und jene bekannte Behandlung erlitten habe. Der schuldige Beamte ist in Folge dessen seiner Stellung als Bureau-Beamter entsetzt worden und nach einem anderen Revier versetzt worden. Wie es heißt, war Herr Köppen bescheiden genug, sich mit dieser Erklärung zufrieden zu geben.

Polizeimatronen in Amerika. Bei dem allgemeinen Interesse, welches hinsichtlich des Falles Köppen die Aufstellung gebildeter Frauen als Polizeimatronen hat, und da der Herr Minister des Innern in seiner ablehnenden Antwort an den Bund deutscher Frauenvereine die Polizeimatronen von Chicago anführt, ist es von Bedeutung, eine Beschreibung des Polizeipräsidenten von Chicago kennen zu lernen. Mr. Brennan sagt: Hierdurch wird bestätigt, daß in diesem Department Frauen während der letzten zwölf Jahre in allen Hauptstationen beständig als Polizeimatronen verwendet worden sind. Es giebt jetzt 30 solcher Angestellten in dem Department of Police der Stadt Chicago unter Leitung einer Obermatrone. Wir haben diese Einrichtung in jeder Hinsicht, sowohl für die Behörde als für das Publikum, vorteilhaft gefunden und können deren Anwendung für jeden wohlverwalteten Polizeibezirk freudig empfehlen. Auch in Pontiac im Staate Illinois sind Polizeimatronen angestellt, über die der Polizeipräsident Mr. McClaughry urteilt, daß sie von großem Werte für den Polizeidienst der großen Städte und für das allgemeine Publikum sind. Die Polizeimatronen tragen Sorge für alle Frauen, junge Mädchen und für alle verlassenen Kinder, die in ihre Station gebracht werden. Die Gegenwart von Polizeimatronen, sagt Mr. McClaughry ferner, an allen Polizeistationen, in die Frauen und Kinder gebracht werden, ist in hohem Maße geeignet, die Wirksamkeit des ganzen Polizeidienstes zu erhöhen, ihn frei von Negativität zu halten und ihn von vielen seiner Härten und Widerwärtigkeiten zu befreien, zugleich wird den Unglücklichen, die der Obhut der Polizeimatronen überliefert werden, dadurch Hilfe von unsagbarem Werte geleistet.

Was hat der Versuch mit dem Aluminium-Luftschiff von G. Schwarz erwirkt? Diese Frage beantwortet loeben Hauptmann Gros in der Zeitschrift für Luftschiffahrt. Er giebt zunächst eine genaue Schilderung des Baues und der kurzen Fahrt, die noch nicht sechs Minuten dauerte, sodann gelangt Hauptmann Gros zu folgendem Endurteil: Das wichtigste, ja eigentlich einzige Ergebnis ist, daß dieser Versuch gezeigt hat, es sei möglich, ein Luftschiff in harter Form ganz aus Aluminium zu erbauen, es zu füllen und zum Aufsteigen zu bringen. Der Versuch hat ferner bewiesen, daß die Maschine nicht genügend leistungsfähig und vor allen Dingen nicht betriebssicher genug ist. Mit der maschinellen Ausattung konnte dieses Schiff etwa 3-4 Meter Eigenbewegung pro Sekunde erzielen. Dieses Resultat ist als ein negatives zu bezeichnen, da nach den Rechnungen der Maschinen-Ingenieure die Eigengeschwindigkeit des Schiffes wenigstens 10 Meter pro Sekunde betragen sollte, und eine geringere Geschwindigkeit praktisch keinen Wert besitzt. Es hat sich ferner gezeigt, daß Luftschiffe in harter Form ungemein zerbrechliche Fahrzeuge sind, die bei jeder Landung, wenn ein Anstoß des Schiffes auf die Erde nicht vermieden werden kann, scheitern werden. Da ein solches Luftschiff in ungesätteltem Zustande nicht transportabel ist, so wird es, wenn es nicht in seinen Hafen zurückfahren kann, unbrauchbar sein. So lange also einem solchen Luftschiffe nicht eine so vollkommene Stabilität erteilt werden kann, daß es unter allen Umständen zurückfahren kann, so lange sind Luftschiffe in harter Form verbotene Konstruktionen. Obgleich es nur mit Freuden begrüßt werden kann, wenn die Versuche zur Lenkbarmachung des Luftschiffes praktisch fortgesetzt werden, denn selbst bei einem negativen Resultat kann man dabei viel lernen, so sind doch diese Versuche so kostspielig, daß es andererseits die Pflicht des Sachverständigen ist, zu warnen, leichtfertig an solche Konstruktionen heranzugehen, deren Erfolg keine Wahrscheinlichkeit besitzt. Wie ich es erklären und entschuldigen soll, daß ein so kostbares Stück wie das Schwarz'sche Luftschiff von einem Manne gefahren wurde, der nie vorher eine Ballonfahrt gemacht, geschweige denn eine solche gefahrt, darüber bin ich in Verlegenheit; ich könnte nur auführen, daß durch den Tod des Erfinders eine Art Nothlage herbeigeführt worden sei. Dem Maschinenbauer Jagels — beiläufig ein unlängst entlassener Soldat der Luftschiffabteilung — Vorwürfe zu machen, wie dies von Seiten der Interessenten geschehen ist, daß er das Scheitern des Schiffes veranlaßt habe, wäre falsch: der Vorwurf trifft die, welche diesem Manne ihr Schiff anvertrauten und ihn ohne jede Vorkehrung für die Landung fahren ließen.

Die Bahnhofszeitsur soll sich nunmehr auch auf die Münchener Wochenchrift „Simplexismus“ erstreckt haben. Das Blatt darf, dem „D. V. G.“ zufolge, fortan auf keinem preussischen Bahnhof mehr verkauft werden. Warum nicht, mögen die Götter wissen. Die zum Teil recht wichtigen Illustrationen der Zeitschrift werden von unkundigen Subalternen am Ende doch nicht gar für sozialdemokratisch gehalten?

Der Leiter des Haus- und Grundbesitzervereins Schneberg, Herr Gustav Müller, theilt uns zu dem am 28. Dezember von uns gebrachten Notiz mit, daß die Angabe unzutreffend sei, wonach in den Mietverträgen des Vereins des Mieters verboten wäre, ohne schriftliche Genehmigung des Vermieters Besuch aufzunehmen. Diese „Nichtaufhebung“ ist ein Spiel mit Worten und widerlegt durchaus nicht unsere Mitteilung. Im § 6 des vom Verein herausgegebenen Mietvertrages steht ausdrücklich: „Ohne schriftliche Genehmigung“ des Vermieters darf Miether die durch diesen Vertrag erworbenen Rechte an keinen anderen abtreten, noch Untervermietungen vornehmen, noch fremde Personen unentgeltlich, noch Schlafleute aufnehmen. Wer will behaupten, daß nach dieser Bestimmung ein Hauswirth nicht das Recht hat, seinen Miether zu ermitteln, wenn dieser an seiner zu Besuch kommenden Mutter oder Schwester die selbstverständliche Spitalfreundlichkeit übt und sie auch nur eine Nacht in seiner Wohnung beherbergt? Sieht doch im § 9 des Mietvertrages ausdrücklich, daß bei Verletzung einer der Bestimmungen des § 6 der Hauswirth die sofortige Räumung der Mieträume ohne vorausgesetzene Kündigung verlangen kann!

Herr Gustav Müller behauptet in seiner Berichtigung noch, daß der Haus- und Grundbesitzerverein sich im Gegentheil demüthigt habe, aus seinem Vertragsentwurf alle rigorosen Bestimmungen fortzulassen. Wenn der freisinnige Herr Müller so barbarische, mit roher Hand in die geheiligten Rechte der Familie eingreifende Anordnungen, wie die §§ 6 und 9 seiner Mietvertragskontrakte, nicht mehr „rigoros“ nennt, wie müssen dann in seinen Augen erst stammige „Vertragsentwürfe“ aussehen? Gena wie Strafanstaltsordnungen?

Der viergespürige Ausbau der Ringbahn, welcher noch immer nicht an allen Stellen derselben vorhanden ist, soll jetzt in der nächsten Zeit auf dem Siding zwischen den Stationen Nixdorf, Tempelhof, Schneberg und Oberstraße aufgeführt werden, und es hat zur zeitlichen Befreiung des Entwurfs für den Ausbau vor kurzem auf Anordnung des Regierungspräsidenten auf Bahnhof Tempelhof bereits ein Termin stattgefunden, in welchem den Interessenten Gelegenheit zur Wahrnehmung ihrer Rechte geboten war. — Auch ein anderer Ringbahn-Projekt befindet sich schon seit längerer Zeit in der Schwebe, wird jedoch seitens der Eisenbahn-Direktion wohl erst nach Verlauf einiger Zeit zur Ausföhrung gelangen, nämlich die Herstellung eines Vollringes, der unter Umgehung der Stadtbahn und der sogenannten Umsteigestationen der inneren Ringbahn, wie Schneberg, Stalau, Kummelsburg und Charlottenburg, in einem Zuge von der Stadt herumführt, wodurch dann eine wesentliche Entlastung der Stadtbahn eintreten würde. Endlich sei noch erwähnt, daß auf Station Treptow der südliche Teil der Bahnhofsanlage, welcher im vorigen Jahre zur Bewältigung des Ausstellungsverkehrs

als selbständiger Personenbahnhof neu erbaut worden ist, gegenwärtig wieder abgebrochen wird, da er für den Personenverkehr überflüssig geworden ist.

Der Pferdebahn-Verkehr in der Sylvester-Nacht wird, wie alle Jahre, auch diesmal auf den meisten Linien verlängert werden. Er ist ausgedehnt auf der Strecke Schneberg—Alexanderplatz bis 2 Uhr, Alexanderplatz—Schneberg bis 3 Uhr, Kurfürstendamm—Rasthoferplatz bis 3 Uhr 10 Min. u. s. w.

Einen merkwürdigen Patienten will nach einer Notiz, welche die „Med. Wochenschr.“ übernimmt, eine „weibliche Kurpfuschlerin“, Frau Emma Delling zu Berlin, gegenwärtig in Behandlung haben. Sie hat veröffentlicht, daß sich zur Zeit ein — Professor der Medizin von der Berliner Universität einer Behandlung bei ihr unterzieht.

Wunderbare Festreden hat eine hiesige, in der Landsbergerstraße und Leipzigerstraße domizillierte Firma ihrem Personal bereitet. Wie bekannt tritt mit dem 1. Januar 1898 die gesetzliche monatliche Kündigungsfrist in Kraft, während bis dato die 14 tägige Kündigungsfrist bei der Firma Brauch war. Die Reuerung gab nun dem Chef Anlaß zum Denken, da er jedenfalls fürchte, sein Personal könne sich durch die monatliche Kündigung zu sicher fühlen, und dies könne schließlich in Uebermuth ausarten. Um diesem vorzubeugen, wurde sämtlichen Damen und Herren der Firma (ca. 150-200 Personen) am 15. dieses Monats gefündigt und zwar auf folgende Weise; der Chef ließ ein Schriftstück aushändigen mit dem Inhalt, daß jeder Angestellte durch Namensunterschrift seine Entlassung quittieren sollte, jedoch sei es ihm gestattet, sich am Montag, den 19. Dezember, im Komtoir wieder vorzustellen, dann werde man nach Bedarf wieder engagiren. Die Schaulust des Chefs trat noch besonders an dem Umfande hervor, daß die Angestellten, erst nach dem sogenannten goldenen Sonntag, welcher für den Chef im wahrhaften Sinne des Wortes ein goldener war, für die Angestellten aber gerade das Gegenstück, erfuhren, wer in diesem Eldorado verbleiben konnte und wer entlassen war.

Der Raummangel im Moabitler Justizpalast beschäftigte gestern viele Stunden lang eine Konferenz, zu welcher außer zwei Regierungsvorstellern Ober-Staatsanwalt Drescher, Staatsanwalt Bedemann, Landgerichtsdirektor Niedt, der Direktor des Untersuchungsgefängnisses und ein Regierungsbauath zugezogen waren.

Durch Gouvernementsbefehl darf von den Truppenkommandos Unteroffizieren und Mannschaften der Garnison am Sylvesterabend nicht länger als bis 11 Uhr Urlaub bewährt werden. Nur in dringenden Ausnahmefällen kann von diesem Befehl abgewichen werden. Die nach Berlin beurlaubten Soldaten haben sich ebenfalls nach diesem Befehl zu richten. Die Patronen haben während der Nacht jeden aus der Straße befindlichen Soldaten nach der Urlaubsliste zu fragen und eventual zur Arrestirung des nicht im Besitze einer solchen Karte sich befindenden Soldaten zu schreiten.

Vom Verfolgungswahn sind besessen ist der 38 Jahre alte Preussische Kavaliere aus der Dammwegstraße 27, Krüger, der beim Pohnant 62 beschäftigt war und in der Landgrafenstraße wohnte. Mufte vor vier Wochen seines tiefstimmigen Wesens wegen der äußeren Dienst abgenommen werden, er sollte aber im inneren Dienst weiter Verwendung finden. Diese Verlegung, die dem Manne zum Guten dienen sollte, hat den Ausbruch der Krankheit wohl noch beschleunigt. Krüger glaubte sich auch im Dienste verfolgt, blieb schließlich ganz zu Hause und führte gestern Nachmittag unter dem lautstöhnenden Ausruf: „Wo sind meine Verfolger!“ so heilige Ausritte auf, daß ihn sechs Hausgenossen auf die Revierwache bringen mußten. Von hier brachte ihn die Polizei mit einer Drohke in eine Anstalt.

Die Gattenmörderin Ida Braune, die in Salzburg verhaftet worden ist, ist von den Gerichtsräten für beschuldig erklärt worden, den Mord der gegen sie erkannten Juchlandstrafe von nun vierzehn Jahren zu verbüßen. Frau Braune hat bekanntlich gemeinsam mit ihrem Geliebten Johann Golze im Mai 1892 in Maderdorf einen Mordanschlag gegen ihren Gatten ausgeführt; letzterer ist nur nach verzweifeltem Kampfe der ihm drohenden Gefahr entgangen. Ihr Verbrechen hat den beiden Verurtheilten je fünfzehn Jahre Zuchthaus eingebracht, die Golze zur Zeit verbüßt. Frau Braune entpand 1894 aus der Exarier, in die sie zur Beobachtung ihres Geisteszustandes gebracht worden war, und ist dann nach langen Zerrfahrten auf Ersuchen der Berliner Behörden hin in Salzburg verhaftet worden.

Was einer autändigen Tante in Berlin passiren kann! Die „Berliner Zeitung“ meldet: Gestern Abend kurz nach 8 Uhr ging Frau A. aus der Dresdenerstraße harmlos durch die Brückenstraße, um einige Einkäufe zu besorgen. Plötzlich erbielt sie von hinten auf Rücken und Kopf zwei so heftige Schläge, daß sie benommen niederfiel. Einige Passanten, die der Tante zur Hilfe eilten, suchten vergeblich einen Schutzmantel, um den Thäter festhalten zu lassen, der sich natürlich sofort aus dem Staube machte. Die Tante liegt krank daheim.

Die Schutzmantel-Affäre, über die wir gestern berichteten, wird im Polizeibericht wie folgt dargestellt: Als bereits ein Schutzmantel des Handelsmanns Ernst Zimmer, der vor dem Hause Dresdenerstr. 20 mit einem Handwagen einen Handel mit Neujahrskarten betreibt und dadurch den Verkehr hemmt, nach mehrmaliger erfolgloser Aufforderung zum Weiterfahren zur Wache bringen wollte, griff er den Beamten an und schlug auf ihn ein. So daß der Schutzmantel von seiner Woffe Gebrauch machen mußte. Zimmer trug dabei eine Verletzung am Kopf davon, er wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, von wo er jedoch bald entlassen wurde, da die Verletzung als leicht angesehen wurde.

Ein anstrengender Vorfall spielte sich Mittwoch Abend gegen 6 Uhr auf dem Bahnhof Alexanderplatz ab. Dort stand eine Frau, welche ein etwa vierjähriges Mädchen an der Hand hielt und das Gekläne eines Hordringendes erwartete. Plötzlich erbielt die Frau eine Bekante, mit welcher sie plündern wollte, und ohne auf ihr Kind weiter Obacht zu geben, eilte sie zu jener und verlor sich darauf in ein Zwiesgespräch, daß sie ihr Töchterchen ganz vergaß. Das unbrauchbare Kind lief, als eben ein Stadtbahnzug in die Gasse einfuhr, dicht an die Vorderwelle des Perrons, und es wäre ungewiß, ob von den Rädern des Zuges erfasst und zermalmt worden, wenn nicht ein Stationsbeamter den Vorgang bemerkt und schnell hinzusprang, das Kind von der gefährdeten Stelle fortgerissen hätte. Fast in demselben Augenblick, als das Rettungswort vollendet war, sauste auch schon der Zug vorbei.

Bermüht wird seit dem 20. d. M. das 22 Jahre alte Dienstmädchen Marianne Schledowka, das seit dem 15. Oktober bei dem Schaulwilde Bogus in der Schnebergstr. 19 in Stellung war. Das Mädchen hat als besonderes Kennzeichen einen Leberfleck auf der rechten Wange.

Die Untersuchungsgefängene, die in überraschend scharfer Weise in der Nacht vom 23. zum 24. d. M. aus ihrer im vierten Stock des Moabitler Untersuchungsgefängnisses belegenem Zelle entflohen, ist am Mittwoch Abend wieder eingekerkert worden. Die betreffende Person, die unter polizeilicher Kontrolle steht, wurde in der Lützowstraße betrogen, als sie ihrem Gewerbe nachging und von einem Beamten der Sittenpolizei festgenommen.

Feuerbericht. Mittwoch Abend 8 Uhr brannten U r b a n s t r. 34 Betten und Möbel in einer Wohnung. Zu gleicher Zeit mußte auch F i e d e r s t r. 16 ein Zimmerbrand abgeblüht werden. Kurz nach 9 Uhr erfolgte Alarm nach S w i n e m ü d e r s t r. 124, wo der Hühner Feuer gefangen hatte. Donnerstag früh 11 Uhr gingen U r b a n s t r. 7 Kleidungsstücke und Möbel in Flammen auf. Ein Gardinenbrand rief die Wehr um 3 1/2 Uhr nach B i l l i b a l d - K l e i d s t r. 28. Endlich mußte um 8 Uhr nach S t e t t i n e r - S t r a ß e 54 ausgerückt werden, da hier Möbel und Kleider in Flammen standen. In sämtlichen Fällen konnte eine Verbreitung des Feuers schnell verhindert werden.

Der Vortrag „Cyclus“ den der Verein Berliner Presse, wie alljährlich, zu Gunsten seiner Untersuchungsstellen veranstaltet, beginnt am Donnerstag, den 6. Januar, 8 Uhr abends,

der Geschichte vernahmen sie meist nur die Kommandante berühmter Heerführer und das Hurrahgeschrei gut gedrückter Soldaten, so daß ihnen die Welt wie ein blühendes Schlachtfeld und eine große Kaserne erscheint. Diese Massen hat die Arbeiterschaft mit ihren wenigen Groschen in die lebensvollen Wandlungen der Kulturgeschichte, in die Theorien der Nationalökonomie, in die Probleme der Naturwissenschaft eingeführt. Außer gebildetes Proletariat hat sich bemüht, unser armes Volk der Seichtheit und Albernheit der modernen Pöffen und der Haderlichkeit der Zingeltangel-Koupletz zu entreißen. Es hat ihnen die Forten der Dichtkunst aufgethan und die Herzen durch erhebende Kunstgüsse erwärmt. Ergieigen denn nicht die eigenartigen sozialen Verhältnisse, unter denen die Klassen leben, diese Ideen und Empfindungen? Der Proletarier, den tollen Beschäftigten der heutigen Produktion aufgesetzt, von der Yanne eines Kapitalmagnum abhängig, bei der Verteilung der Lebensgüter fleißigster behandelt, muß notwendig den Gedanken einer Wissenschaft erfassen, die planmäßig die Güter herstellt, unter der Leitung der Arbeiter selbst steht und jede Ausbeutung durch eine neue, gerechte Verwerthung der Arbeitsleistungen abschleht. Mit einem Wort, die heutige ungewisse, von dem Geist des Kapitalmonopolz besetzte Welt muß notwendig im Kopfe des Proletariats ihren Gegenstand, den Sozialismus, erschaffen. Und daher kann keine Macht der Erde, selbst wenn sie sich mit den vollkommensten Mordmitteln ausdrückt und die Gruel der Kommune übertrumpft, den Sozialismus ausrotten. Neber dem Massenrab des Pariser Proletariats flattert heute wieder stolz die rothe Fahne.

Unmöglich kann man mit Säbel und Schießgewehre die grundlegenden Veränderungen in der Struktur der Gesellschaft, die Bildung und Erhaltung des Proletariats aufhalten. Der alte Ackerbaustaat verwandelt sich zusehends in einen Industriestaat. Der Bauer, der Repräsentant des sozialen Beharrens, der konservativ in seiner ganzen Arbeits- und Lebensweise war, räumt den Platz dem Lohnarbeiter, dessen Existenz einer ewigen Fluth und Ebbe unterliegt. Und riefenhast dehnt sich das Proletariat aus, das beweist jedes Blatt der Statistik. Selbst die Fundamente des Staates werden nach und nach ganz von dem Proletariate gebildet. Es setzt schließlich das Meer und die großen Klassen der Beamten zusammen. Und so ist denn sogar in den Hauptstädten des Staates der Geist des Proletariats lebendig. Wahrlich, der Weigen unserer Staatskrieger will und kann nicht mehr dähnen.

Mögen sie aus dieser Thatfache lernen, daß große, in den Entwicklungstendenzen der Geschichte liegende Umwälzungen unauflöslich sind. Der „Unfug“ liegt eben nicht nur in den Menschenköpfen, sondern in den sich ewig wandelnden Verhältnissen dieser Welt selbst.

Im großen Saale des Architektenhauses, Wilhelmstr. 92. Es finden sechs Vortragabend statt, und zwar am 8. und 20. Januar, am 8., 10. und 17. Februar und am 8. März. Als Vortragende sind u. a. in Aussicht genommen: Dr. Max Dreyer und Dr. Max Bernstein (München) für den 8. Januar, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Schweninger für den 20. Januar, Rudolf Straß und Heinrich Seidel für den 8. Februar, Dr. Paul Schenther für den 10. Februar, Johannes Trojan, Sigmar Mehring und Otto Sommerhoff für den 17. Februar und Ossip Schudin (Grafen von Sela Kirchner) für den 8. März. Eintrittskarten werden ausgegeben: Für alle 6 Vorträge nur nummeriert zu 15, 12 und 10 M., für die einzelnen Vorträge nummeriert zu 8 M. und unnummeriert für 1,50 M. Der Kartenverkauf hat am Donnerstag, den 30. Dezember, mittags, in den Buchhandlungen von Amelang, Postdammerstr. 128; Lazarus, Friedrichstr. 66; Speyer u. Peters, Unter den Linden 48 und Trautwein, Leipzigerstr. 8, begonnen.

Das Kunstgewerbe-Museum, Prinz-Albrechtstr. 7, veranstaltet in den Monaten Januar-März 1898 die nachstehenden Vorträge: Ziele und Wege des heutigen Kunstgewerbes. Direktor Dr. P. Jessen. Zehn Vorträge, Montag, abends 8 1/2-9 1/2 Uhr. Beginn Montag, den 10. Januar 1898. Geschichte der Möbel. Reg.-Baumeister Richard Bornmann, zehn Vorträge, Dienstag, abends 8 1/2-9 1/2 Uhr. Beginn Dienstag, den 11. Januar 1898. Die dekorative Malerei des Mittelalters und der Renaissance. Dr. Oscar Fischel, zehn Vorträge, Donnerstag, abends 8 1/2-9 1/2 Uhr. Beginn Donnerstag, den 13. Januar 1898. Die Vorträge finden im Hörsaal des Museums statt und werden durch ausgestellte Gegenstände und Abbildungen sowie durch Lichtbilder mittels des elektrischen Bildwerfers erläutert. Der Zutritt ist unentgeltlich.

Die Direktion der Projektiondvorträge über Kunst und Kultur (Dr. Köppen und Dr. Stöckner, Urania-Theater, Invalidenstr. 6) erteilt als vorläufiges Programm für das kommende Jahr mit: Sonntag, den 2. Januar, „Arnold Böcklin“ (Herr Franz H. Weikner). Mittwoch, den 5. Januar, zum ersten Male: Meisterwerke der Renaissance“ (Raphael, Michelangelo, Leonardo) Herr Dr. Köppen. Sonntag, den 9. Januar, „Benedict und seine Kunst“. Mittwoch, den 12. Januar, „Max Klinger“ (Herr Fritz Stahl). Vom 16. Januar ab hat die Direktion ihren Vertrag mit der Gesellschaft Urania gelöst und werden die Vorstellungen regelmäßig in der „Kgl. Hofoper“, Postdammerstr. 120, stattfinden.

Theater. Am Schiller-Theater beginnt die heutige erste Aufführung von „Der Registrator auf Reisen“, Folge in 3 Akten von Adolf Kerppe und W. v. Wolfer, Musik von H. Bial, ausnahmsweise bereits um 7 Uhr. — Am Grand-Theater geht Sonnabend und Sonntag nachmittags 3 Uhr zu beiden Kasernen das beliebte Bombenmärchen von Reinhold, Der Beschwörer mit der Musik von Conrad Krengler in Szene. — Am heutigen Sylvesterabend ist im Apollo-Theater das Abschiedsbeneh für den bekannten Komiker Otto Reutter.

Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen von Rummelsburg werden darauf aufmerksam gemacht, dass das Lokal des Herrn Viebing, „Casé Bellevue“, nebst der dazu gehörigen Stehplätze für Arbeiterwende nicht zu haben ist.

Zwei wetterharte Männer waren es, die gestern Mittag in der Nähe von Köpenick beim Baden an verbotener Stelle ertrankt wurden. Ein die Köpenicker Chaussee passierender Beamter bemerkte schon aus einiger Entfernung zwei Personen, welche sich in verdächtiger Weise am Ufer der Spree benahmen, und er glaubte anfänglich, daß die beiden die Absicht hätten, sich dort das Baden zu nehmen. Schnell hinzureitend, sah der Beamte zu seinem nicht geringen Erstaunen, daß er es nicht mit Lebensmüden, sondern mit zweifellos sehr wetterharten Personen zu thun hatte, welche im Begriff waren, ein Freibad zu nehmen. Die Aufforderung des Gardarmen, sofort ans Ufer zu kommen, leisteten die beiden nicht Folge, sie schienen vielmehr geneigt, im Wasser das Fortgehen des Beamten abzuwarten zu wollen. Schließlich wurde es den Badenden aber doch zu kalt und sie zogen es nunmehr vor, ans Land zu kommen, nachdem sie immerhin ca. 5 Minuten im Wasser gewirrt hatten. Die beiden Geschehensbeteiligten wurden als ein Kaufmann aus Friedrichshagen und ein Fabrikant R. aus Berlin festgestellt.

Die Charloitenburger Stadtverordneten-Versammlung erklärte das Ergebnis der Stadtverordneten-Wahl der dritten Abtheilung im sechsten Wahlbezirk für ungültig. Gewählt waren dort die liberalen Kandidaten Genossenschafts-Anwalt Dr. Grüger, Kanalrath Poppenberg, Privatdozent Dr. Jankow und Schuhmachermeister Delle. Der Einspruch gegen die vorgenommene Stichwahl im ersten Wahlbezirk wurde zurückgewiesen.

Manche Unfälle, welche in der letzten Woche durch das Betreten der noch dünnen Eissflächen hervorgerufen sind, veranlassen die Kreisbehörden von Niederbarnim und Teltow-Seeow zu einer Bekanntmachung, nach welcher das Betreten der Eissflächen, solange sie nicht von den Behörden freigegeben sind, bei Strafe streng verboten ist.

Gerichts-Zeitung.

Unser Parteigenosse Dehand war als Bevollmächtigter der Zahlstelle Berlin des Vereins deutscher Tabakarbeiter beschuldigt worden, sich gegen die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes vergangen zu haben, und zwar dadurch, daß er einer Aufforderung des Polizeipräsidenten, ihm Mitgliederliste und Statuten der Zahlstelle einzureichen, nicht nachgegeben sei. Dehand bestritt jede Verpflichtung hierzu. Die Zahlstelle sei kein selbständiger Verein und bezwecke auch nicht, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken. Dehand wurde aber sowohl vom Schöffengericht wie von der Strafkammer zu einer Geldstrafe verurtheilt. Die Zahlstelle übe unzweifelhaft eine Thätigkeit aus, die mit der Thätigkeit des Gesamtverbandes nicht zusammenfalle. Die Vertreter der Zahlstelle hätten nach dem Statut und der Geschäftsordnung an die Mitglieder Unterstufungen anzugeben, statistische Ermittlungen zu leiten, für die Arbeitsvermittlung am Orte durch Errichtung von Arbeitsnachweis-Bureaus zu sorgen und Mitglieder-versammlungen der Zahlstelle einzuberufen und abzuhalten. Die Zahlstelle bezwecke auch die Hebung der materiellen und intellektuellen Lage der Mitglieder durch Unterstufungen, Arbeitsvermittlung und andere Mittel. Damit sei aber notwendig eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten verbunden. Für Dehand legte Rechtsanwält Freudenthal die Revision ein und machte vor dem Kammergericht geltend, die Zahlstelle wolle nicht auf öffentliche Angelegenheiten einwirken. Der § 2 des Vereinsgesetzes sei aber auch aus anderen Gründen zu Unrecht angewendet worden. Er schreibe vor, daß die Vorstände von Vereinen, die auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wollen, binnen drei Tagen nach Stiftung des Vereins die fraglichen Schriftstücke der Polizeibehörde einzureichen hätten. Die Zahlstelle, der Dehand vorstehe, habe jedoch, als der Polizeipräsident seine Aufforderung ergehen ließ, schon weit länger als drei Tage bestanden. Ferner stehe gar nicht fest, ob Dehand schon zur Zeit der Gründung der Zahlstelle ihr Bevollmächtigter gewesen sei. Das Kammergericht hob daraus gestern die Vorentscheidung auf und wies die Sache in die Vorinstanz zurück. Es sei thatsächlich entscheidend, ob binnen drei Tagen nach der Stiftung der Zahlstelle das Mitgliederverzeichnis und die Statuten eingereicht worden seien oder nicht. Das Landgericht müsse nachprüfen, ob unter dieser Voraussetzung gegen D. überhaupt wegen Vorgehens gegen den § 2 vorgegangen werden könne.

gegen die Hebeamme W. führte der Regierungspräsident eines rheinischen Regierungsbezirks einen Prozeß wegen Entziehung des Prüfungsscheines. Er warf ihr vor, ihr Amt sei derart bescholten, daß sie als Hebeamme nicht weiter fungieren könne. Der Bezirksauschuss stellte dann fest, daß die Frau wiederholt bestraft worden sei, so wegen Verleumdung, wegen Mißhandlung und wegen fahrlässiger Körperverletzung. Dann lagen dem Gericht die Akten in der Ehegerichtsache der Beklagten vor. Daraus geht hervor, daß ihre Ehe deshalb geschieden worden ist, weil die Frau nach einer gerichtlichen Verurteilung mit dem Manne diesen groß beleidigt und ihn auch mißhandelt hat. Die Beklagte wandte ein, ihr Ehemann habe sie gereizt, er sei eigentlich der Schuldige, denn er habe ohne zu arbeiten auf ihre Kosten leben wollen. Und alle jene Strafen hingen lediglich mit den ehelichen Zwistigkeiten zusammen. Die Richter ihres Hauses hätten den Mann noch gegen sie aufgeschaltet, sie sei hierdurch in große Nothverlegen versetzt, was ihr zu den fraglichen Verleumdungen verhoffen. Frau W. brachte ferner Anträge von Verzicht bei, die sich äußerst anerkennend über ihre Thätigkeit als Hebeamme aussprachen. Der Bezirksauschuss entzog ihr deswegen das Prüfungsschein, indem er ausprüch, eine Hebeamme müsse in jeder Beziehung völlig makellos sein. Möge ihr Mann auch ebenfalls schuldig sein, so hätte sie sich doch nicht zu Verleumdungen, Mißhandlungen u. dergleichen lassen dürfen. Daß sie in ihrem Beruf thätig gewesen sei, komme hierbei nicht in Betracht. Auf die Berufung der Beklagten hob das Ober-Verwaltungsgericht diese Entscheidung auf und erklärte die Frau für fähig, ihrem Berufe als Hebeamme auch ferner nachzugehen. Sie sei thätig in ihrem Beruf und habe sich mit Bezug auf ihn nichts zu schulden kommen lassen. Was ihr sonst vorgeworfen sei, begründe nicht den Vorwurf einer Bescholtenheit, die irgendwie mit dem Beruf in Beziehung stehe. Eine solche hätte aber nur die Entziehung des Prüfungsscheines begründen können.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch eine Versammlung in den „Arminiallen“ ab, in der die Diskussion über die Flottenpläne, die bereits in der Versammlung vom 8. d. M. zur Verhandlung standen, zwischen den National-Sozialen und unseren Parteigenossen fortgesetzt wurde. Als ein Vorpfeilgefecht der nächsten Reichstagswahlen wurde seitens des ersten national-sozialen Redners diese Debatte bezeichnet. Im wesentlichen wurden von den national-sozialen Rednern dieselben Argumente, wie in der vorigen Versammlung, über die Notwendigkeit einer mächtigen Flotte ins Feld geführt. Deutschland müsse sich Kolonien verschaffen, um sein Abfallgebiet zu erweitern, um aus diesen anderen-geitigen Lebensmittel zu importieren, da sich die anderen Staaten gegen den Export der deutschen Industrieprodukte immer mehr abschließen und ferner Deutschland nicht instand sei, zumal die Bevölkerung jährlich um 500-600 000 Seelen zunehme, die notwendigen Lebensmittel zu produzieren. Es wurde auf England verwiesen, daß im Gegensatz

zu Deutschland durch seine Kolonialpolitik verstanden hat, sich von anderen Staaten unabhängig zu machen, und angeführt, daß es die höchste Zeit sei, daß Deutschland, dessen Handelsbeziehungen im hohen Maße gefährdet seien, auf die Gewinnung von Kolonien bedacht sein müsse. Das Vorgehen der Regierung gegen China wurde von diesen Rednern gut geheißen, weil dieses Land ein großartiges Gebiet für den Handel erschaffe, das sich Deutschland durch seine Machtentfaltung zu sichern bestrebt sein muß. Aber noch einen weiteren Vortheil durch die Kolonialpolitik versprach sich Herr Rigalski, nämlich den, daß das „soziale Königthum“ dadurch, daß die Konfessionen, die sich als Grundbesitzer gegen die Regierung wenden werden, die Regierung sich dann veranlaßt sehen wird, sich auf die Arbeiter zu stützen, der Bewirkung näher gebracht wird. Außer Herrn Rigalski waren noch die Herren Schaal und Tischendorf anwesend, das Programm der national-sozialen Gruppe in allen Variationen zu entwickeln, um der Versammlung klar zu machen, daß sie die Interessen des Volkes zu vertreten gewillt ist. Außer einem Anhänger der freisinnigen Volkspartei, der sich ablehnend den Flottenplänen gegenüber aussprach, beteiligten sich unsere Genossen: F. A. Krow, P. H. Sch., Jahn, Bohne und Gutmann an der Diskussion, denen es nicht schwer war, die angeführten Gründe zur Verstärkung der Flotte recht treffend zu widerlegen, und die in eingehender Weise unseren ablehnenden Standpunkt nach jeder Richtung hin motivierten. Sie wiesen darauf hin, daß Flotte und Kanonen keineswegs geeignet sind, die Handelsbeziehungen zu anderen Staaten zu verbessern, sondern im Gegenteil Konflikte heraufzubringen, und daß im übrigen durchaus kein Grund zu der Annahme vorhanden ist, daß die Getreide produzierenden Staaten ihre Grenzen gegen Deutschland für die Ein- und Ausfuhr absperrten werden. Auf friedlichem Wege haben sich Deutschlands Industrieprodukte in den verschiedensten Staaten Eingang verschafft und besonders ist nachgewiesenermaßen der Export ganz bedeutend und fortwährend gestiegen. Die Genossen wendeten sich auch gegen die Flottenvorlage, weil sie der arbeitenden Bevölkerung wieder neue Lasten aufbürdet, um einigen Kapitalisten Vortheile zu verschaffen, trotzdem das Volk an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist. Alle Kulturarbeiten bleiben unberücksichtigt, weil die riesigen Summen, die zum größten Theile durch die indirekten Steuern und Zölle von den Arbeitern aufgebracht werden, der Militärischen verschlingt. Von einigen Rednern wurden die Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben beleuchtet, das Steuerregime, bei dem die besitzende Klasse außerordentlich gut fährt, kritisiert, und die Kulturzustände in Deutschland im allgemeinen erörtert. Die Genossen bekämpften auf das schärfste die Eroberungspolitik, wie sie gegenwärtig in Erscheinung tritt, sowie die auch von den National-Sozialen befürwortete Kolonialpolitik, und forderten, daß auf der Basis der Verträge die Kulturstaaten sich verständigen, bis der gesunde Sinn der Arbeiter aller Länder den Krieges-Machtgelüsten der Despoten ein Ende machen und die Verbreder der Völker herbeiführen. Zu den weiteren Ausführungen vermittelten unsere Genossen, die die Bestrebungen der Sozialdemokratie behandelten, gegen das Programm der National-Sozialen. Am 1. Uhr erfolgte der Schluß der interessanten Versammlung.

Freiwirtschaftliche Gemeinde. Sonnabend, den 1. Januar, vorm. 10 1/2 Uhr, im großen Hofsaal der Berliner Pension, Kommandantenstr. 27: Jahnvortrag des Herrn G. Voglitz. Sonntag, den 2. Januar, vorm. 10 1/2 Uhr: ednbale: Vortrag des Herrn Walter Manasse: „Gegner der Soz.“ Gäste willkommen. Landmannschaft der Schöneberg-Golfseiner in Berlin. Heute, abends 8 Uhr, in G. Heurich's Hofsaal, Alt-Johannisstr. 76, Sylvestervergügen. Gäste sind willkommen.

Vermischtes.

Das „Hamburger Echo“ schreibt: Auf dem Hamburger Parteitag hat bekanntlich Genosse Adolf Hoffmann-Berlin voll stückliche Partei-Entrüstung gegen den Verlag des „Neuen Welt-Kalenders“ geäußert, weil in der diesjährigen Ausgabe eine kritische Skizze über das Wegscheide Kaiserdenkmal mit Illustration veröffentlicht wurde. In unserem Erstaunen geht uns jetzt ein Buchhändler-Zutular A. Hoffmann's zu, worin er u. a. auch die „Kinder- und Jugend-Gartenlaube“ empfiehlt. Nachdrücklich hebt Genosse A. Hoffmann den reichhaltigen und geistigen Inhalt hervor, erklärt, daß es in der ganzen Welt kein beliebteres Kinderbuch gibt und versichert uns feierlich, daß für den Preis „wohl kaum etwas Großartigeres“ auf dem Markt gebracht werden kann. Wir haben nun verschiedene Jahrgänge dieses „großartigen“ Kinderbuches angesehen und gefunden, daß der Inhalt dieser „Jugend-Gartenlaube“ zu der feinsten Kinderliteratur gehört und von den feinsten Kaiser- und Prinzen-Verbindungen, Künstlern und Illustrationen umgibt, den lieben Herrgott, das Himmelreich und die ewige Vergeltung so oft ins Treffen führt, daß wir ernstlich fragen, ob der Empfänger dieser Literatur wirklich derselbe A. Hoffmann sei, der am liebsten die Gottesläugnung ins Parteiprogramm aufgenommen wissen möchte, derselbe A. Hoffmann, der in Dauburg so entrückt gegen den „Neuen Welt-Kalender“ losgehoben ist. Und siehe, es ist derselbe A. Hoffmann! Aber es ist das alte Lied von der Theorie und Praxis!

Wetter-Prognose für Freitag, 31. Dezember 1897. Ein wenig kälter, zeitweise heiter, vielfach wolkig, mit geringen Niederschlägen und frischen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Achtung! 6. Wahlkreis, Achtung!
Freitag, den 31. Dezember, abends 8 1/2 Uhr,
im „Kolberger Salon“, Kolbergerstraße Nr. 23:
Gemüthliche Sylvester-Feier,
organisiert von den sozialdemokrat. Parteigenossen des 6. Kreises.
221/16. Eintritt 20 Pf.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

Achtung! Achtung!
Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfs-Arbeiter Deutschl.
Zahlstelle Berlin I.
Sonntag, den 2. Januar, vormittags 11 Uhr, bei Stabernaek,
Anf.straße 10:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl desselben. 3. Berichtsabg.,
angelegenheiten. 37/7
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich.
NB. Die Kollegen werden ersucht, sämtliche Listen und Gelder von
Streikfondsmarken in dieser Versammlung abzuliefern.
Die Ortsverwaltung. J. A. Richard Peter, Hustenstr. 6.

Maler-Schule
der Filialen Berlins.
Schul-Lokal: Meutenfreistraße 7 (Kula).
Montag, den 3. Januar, abends 7 Uhr: Beginn des Halb-Jahresstud.
Neue Schüler werden aufgenommen. Näheres im Schul-Lokal.
25/19 Die Fachsch. u. i. s. m. i. s. t. i. o. n.

Volksgarten (früh. Weirauch's Volksgarten)
Gesundbrunnen, Badstrasse 5.
Unsere ausstehende renovierten Säle sind nur noch am 8. Januar
und am 2. Sonntag im März unter den kostante Bed.
ingungen zu vergeben. 25/355
Die Direktion.

Freie Volksbühne.
Auf Beschluss des Vorstandes soll, zahlreichen Wünschen
Rechnung tragend, eine
V. Abtheilung
gegründet werden.
Die Mitglieder und Freunde der Volksbühne werden ge-
beten, für die schnelle Fällung dieser Abtheilung zu wirken.
Anmeldungen zur V. Abtheilung werden in allen
Zahlstellen des Vereins gegen Hinterlegung des Eintritts-
geldes und eines Beitrages entgegengenommen, gegen
Empfang einer vorläufigen Quittung. Die Auszahlung der
Mitgliedskarte erfolgt nach der Aufnahme durch den Vor-
stand vor der Vorstellung.
Die erste Vorstellung für die V. Abtheilung
findet im Lessing-Theater statt.
Sonnabend, den 1. Januar, nachmittags 5 Uhr:
IV. Abtheilung „Jugend“
Friedrich-Wilhelm-
städtisches Theater
von Max Halbe, mit dem Künstlerpersonal des Lessing-Theaters.
Auch die Kostüme, Dekorationen etc. sind dem Lessing-
Theater entnommen. Heft IV der „Freien Volksbühne“,
à 10 Pf., ist bei den Ordnern zu haben.
Die VIII. Serie der Vorstellungen beginnt am Sonntag,
den 2. Januar im Lessing-Theater mit dem Drama Philipp
Langmann's **Bartel Turas**
unter Mitwirkung der Herren Adolph Klein, Carl Waldow, Franz
Hald, Em. Stockhausen und der Damen Frä. Lilly Krause, Jenny
Gross u. s. w. — Die Vorstellungen der II., III. und IV. Ab-
theilung finden statt am 9., 30. Januar und am 6. Februar.
Mitglieder anderer Abtheilungen können, soweit
Raum vorhanden, nur einen Stehplatz erhalten.
291/8 Der Vorstand. I. A. G. Winkler.

Märkischer Hof, Admiralstrasse No. 18c.
Sylvesterverand und Neujahrsfest,
sowie jeden Sonntag **Grosser Fest-Ball.** Anfang 4 Uhr. — Die
Restaurationsräume stehen am Neujahrsfest, sowie jeden Sonntag den ge-
ehrten Familien zur Verfügung.

Verein der Bauanschläger
Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 2. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Sucke, Grenadierstr. 33:
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht der Kassenscheine. 3. Neu-
wahl des gesamten Vorstandes. 4. Bericht über den Jahresbericht.
34/15 Der Vorstand.
NB. Das 25-jährige Stiftungsfest des Vereins findet am
22. Januar u. 3. in Diesener's Hofsaal, Landsbergerstraße, statt. Zu
recht reger Theilnahme ladet ergebenst ein Das Komitee.

Achtung, Buzer!
Sonntag, den 2. Januar 1898, vormittags 11 Uhr,
in den „Arminiallen“, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung
des
Zentralverbandes der Maurer Deutschlands
Zahlstelle Berlin I.
Tages-Ordnung: 1. Neujahrsgruß, gesungen vom Gesangsverein
„Gemüthlichkeit“. 2. Jahresbericht der städtischen Verwaltung und Neuwahl
desselben. 3. Berichtsabg. über den Jahresbericht.
Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen ersucht Die städt. Verwaltung.

Schmargendorf (Restaurant „Sanssouci“).
Sylvester: Schlußfeier des alten Jahres bis zum Be-
ginn des neuen Jahres, verbunden mit Tanz
und großartigen Sylvesterschmaus.
Am 1. und 2. Neujahrstag von 4 Uhr ab:
Grosser Ball.
ES ladet freundlichst ein 25/385
E. Fühse, Schmargendorf.

Cigaretten, Cigaretten zu billigen Preisen und bekannter Güte, rein
überwiegend Kippenabak, Fund 25 Pfennige.
Paul Mettchen, Pantow, Wolfenbüttelstr. 115.

Verbandhaus von Kaffee- und Kaffeeurrogaten. **Deutsche Kaffee-Rösterei von A. Pennitz, Berlin C., Rosenthalerstr. 59.** Der Preisliste des Kaffees, welches entsprechend empfehle naturrein geröstete, gut schmeckende Kaffees pr. Pfd. 70, 80, 90 u. 100 Pf. Meine seit Jahren Deutsche Kaffee-Mischung à Pfd. 40 Pf. gibt von 1 Lot 2 Liter vorzügliches Kaffeegetränk. **Deutsche Kaffee-Mischung à Pfd. 40 Pf.** Verbandhaus von Kaffee- und Kaffeeurrogaten.

